Der Zionismus im Komplott mit dem Nationalsozialismus

Eingereicht admin on 18. Juli 2014 – 13:59

Polkehn, Klaus (Klartexte 9, Freiburg 1987)

Die erstmalige Veröffentlichung der deutschen Originalversion erfolgt mit freundlicher Unterstützung des Autors, der einige zusätzliche Anmerkungen gemäß neuerem Kenntnisstand geschrieben hat, insbesondere die umfangreiche Anmerkung 98.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Regierungschef des Deutschen Reiches ernannt. Mit diesem Tag begann der im Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei postulierte Antisemitismus offizielle deutsche Regierungspolitik zu werden. Im Frühjahr 1933 nahm aber auch die erstaunliche Zusammenarbeit zwischen dem Zionismus und dem deutschen Faschismus ihren Anfang. Es ist der zionistischen Führung lange Zeit gelungen, diese Kooperation weitgehend geheimzuhalten. Erst seit Anfang der 60er Jahre fanden sich hier und dort kritische Bemerkungen zu diesen Vorgängen in der Zeit zwischen 1933 und 1945. Und wann immer auf solche Beispiele einer Kooperation hingewiesen wurde, erklärten die Zionisten, etwaige Kontakte zu Nazi-Deutschland seien einzig und allein zu dem Zweck erfolgt, das Leben jüdischer Menschen zu retten.

In der Anfang 1969 anläßlich des 16. Kongresses der Kommunistischen Partei Israels vorgelegten Studie „The Jewish Question and Zionism in our Days“ wurde dem gegenüber festgestellt: „Nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland, als alle antifaschistischen Kräfte in der Welt und die große Mehrheit der Jüdischen Organisationen einen Boykott Nazi-Deutschlands ausriefen, gab es zwischen zionistischen Führungskräften und der Hitlerregierung Kontakte und Kollaboration.“ [1]

Die Studie zitierte den zionistischen Funktionär Eliezer Livne (Livne, damals Liebenstein, war während des Zweiten Weltkrieges Redakteur der Haganah-Zeitung ESCHNAB), der 1966 auf einem von der israelischen Zeitung MA’ARIV organisierten Symposium erklärt hatte, „daß für die zionistische Führung die Rettung von Juden nicht ein Ziel an sich, sondern lediglich ein Hilfsmittel war“. [2]

Die Frage nach dem Verhalten der zionistischen Bewegung zum deutschen Faschismus, der in den 12 Jahren seiner Herrschaft Millionen Juden ermordete, ist für die zionistischen Führer ein Tabu. Die Details jener schrecklichen Kooperation zwischen der zionistischen Führung und den Judenmördern im faschistischen Deutschland werden deshalb – so gut es nur geht – geheimgehalten. Nur selten gelingt es, authentischen Zeugnissen oder gar Dokumenten zu diesen Vorgängen auf die Spur zu kommen. Die nachfolgende Untersuchung faßt die bisherigen Erkenntnisse über einige wichtige Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nationalsozialisten zusammen. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Untersuchung kein vollständiges Bild ergeben kann. Dies wird erst möglich sein, wenn die Archive (vor allem in Israel), in denen die Dokumente über diese Vorgänge aufbewahrt werden [3], dereinst wissenschaftlicher Forschung zugänglich sein werden.

Den zionistischen Führern mußte der Machtantritt Hitlers geradezu als ein Geschenk des Himmels erscheinen, fühlte sich doch die Mehrheit der deutschen Juden als Deutsche, die für die zionistischen Bestrebungen wenig Verständnis aufbrachten. Die deutschen Statistiken vor der Machtergreifung durch die Nazis erfaßten die jüdische Minderheit nur in der Rubrik der „Religionszugehörigkeit“ (und es blieb der nazistischen Rassengesetzgebung vorbehalten, den Begriff „Rasse“ als Merkmal einzuführen und damit auch die längst assimilierten Nachkommen von Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft als Juden zu zählen). 1933 lebten diesen Statistiken zufolge in Deutschland 503 000 Juden, die 0.76% der Gesamtbevölkerung ausmachten. 31% aller deutschen Juden wohnten in der Hauptstadt Berlin, wo sie 4,3% der Bevölkerung ausmachten. Die deutschen Statistiken weisen übrigens auch aus, daß der Anteil der Juden in Deutschland zwischen 1871 und 1933 von 1 ,05% auf 0,76% zurückgegangen war. [4] Diese deutschen Juden waren in ihrer großen Mehrheit Nichtzionisten oder Antizionisten.

Die zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) vermochte sich vor 1933 nur schwer Gehör zu verschaffen. Von den im Jahre 1925 in Deutschland gezählten Juden waren beispielsweise nur 8739 (also nicht einmal 2%) für die Zionistenkongresse wahlberechtigt (d.h. Mitglieder zionistischer Organisationen) [5], und bei den Wahlen zum

Landesverband jüdischer Gemeinden in Preußen am 1 . Februar 1 925 wurden von 124 Mandaten nur 26 von zionistischen Gruppen errungen. [6]

Im Bericht des „Palästina-Grundfonds (Keren Hajessod)“ für den 24. Delegiertentag der ZVfD vom Juli 1932 konnte man lesen: „Bei Würdigung der Keren-Hajessod-Arbeit in Deutschland sollte überhaupt … niemals übersehen werden, daß wir es in Deutschland noch immer nicht nur mit der Indifferenz, sondern auch mit der Gegnerschaft weiter jüdischer Kreise zu tun haben.“ [7]

Während also die Zionisten beim Machtantritt Hitlers im Grunde eine kleine, unbedeutende und weithin einflußlose Minderheit waren, dominierten die nichtzionistischen Organisationen, an ihrer Spitze der 1893 gegründete „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV), der – wie schon sein Name sagte – die deutschen Juden als Deutsche betrachtete, und der seine Hauptaufgabe im Kampf gegen den Antisemitismus sah. Aus dieser Grundhaltung erklärt sich auch, daß der CV den Zionismus scharf ablehnte. So hieß es in einem Beschluß des Hauptvorstandes des CV vom 10. April 1921: „Wäre die Besiedlung von Palästina nichts weiter als ein großes Hilfswerk, so wäre vom Standpunkt des Centralvereins gegen die Förderung dieses Werkes nichts zu sagen. Die Besiedlung von Palästina ist aber in erster Linie das Ziel nationaljüdischer Politik. Ihre Förderung und Unterstützung ist daher abzulehnen.“ [8]

So war es denn auch in den Jahren vor dem Machtantritt Hitlers neben den progressiven Parteien und Organisationen vor allem der CV, der gegen den Antisemitismus auftrat. Kritisch bemerkte der jüdische Autor Werner E. Mosse: „Während die Führer des CV es als ihre besondere Aufgabe betrachteten, die Interessen der deutschen Juden im aktiven politischen Kampf zu vertreten, trat der Zionismus für die systematische jüdische Enthaltung von der Teilnahme am deutschen öffentlichen Leben ein. Er lehnte deshalb aus prinzipiellen Gründen jede Beteiligung an dem vom CV geführten Abwehrkampf ab.“ [9]

Die Haltung der Zionisten zu der heraufziehenden Gefahr einer faschistischen Herrschaft in Deutschland war wesentlich auch von einer vielfachen Übereinstimmung von zionistischen und faschistischen ideologischen Grundpositionen bestimmt. Nationalsozialisten wie Zionisten vertraten rassistische Theorien. Beide trafen sich im Glauben an solche mystischen Kategorien wie „Volkstum“ und „Rasse“, beide waren chauvinistisch, beide wollten „rassische Exklusivität“.

So schrieb beispielsweise der zionistische Funktionär Gerhard Holdheim im Jahre 1930 in einer der „Judenfrage“ gewidmeten Ausgabe der SÜDDEUTSCHEN MONATSHEFTE (in der u.a. führende Antisemiten ihre Auffassung darlegten): „Das zionistische Programm begreift die Auffassung eines einheitlichen, ungeteilten Judentums auf nationaler Grundlage in sich. Kriterium des Judentums ist hiernach nicht ein religiöses Bekenntnis, sondern das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Volksgemeinschaft, die, durch Gemeinsamkeit des Blutes und der Geschichte verbunden, gewillt ist, ihre nationale Individualität zu erhalten. “ [10] Das war die gleiche Sprache, das waren die gleichen Vokabeln, derer sich die Nazis und Antisemiten bedienten. So kann es denn nicht verwundern, daß die deutschen Faschisten die Auffassung der Zionisten begrüßten. So schrieb der Chef-Ideologe der deutschen Nazi-Partei, Alfred Rosenberg: „Der Zionismus muß tatkräftig unterstützt werden, um jährlich eine zu bestimmende Zahl deutscher Juden nach Palästina oder überhaupt über die Grenze zu befördern.“ [11] Hans Lamm meinte später mit Blick auf solche Äußerungen: „… it is indisputable that during the first stages of their Jewish policy the National-Socialists thought it proper to adopt a pro-Zionist attitude.“ [12]

Der CV bemerkte sehr klarsichtig zu der Haltung der Zionisten, daß ihre Anerkennung „bestimmter Postulate der deutschen Nationalisten“ dem Antisemitismus Vorschub leiste, und in einer Stellungnahme des CV sprach man sogar von einem „Dolchstoß in den Rücken“ der Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus, den die Zionisten vor 1933 geführt hätten. [13] Doch schließlich ging es den Zionisten nicht um eine Abwehr des heraufziehenden Faschismus.

Nur der Antisemitismus Hitlers, so glaubten sie, könne die antizionistischen jüdischen Deutschen dem Zionismus in die Arme treiben. So erklärte der damalige Chefredakteur der in Deutschland erscheinenden zionistischen Zeitung JÜDISCHE RUNDSCHAU, Robert Weltsch, am 8. Januar 1933 (drei Wochen vor Hitlers Machtantritt) auf einer Sitzung des Landesvorstandes der ZVfD: „Die antiliberale Welt im Deutschtum begegnet sich mit der antiliberalen Stellungnahme des Zionismus, und wir stehen hier vor der Chance, zwar nicht die Basis der Verständigung, aber die Basis einer Auseinandersetzung gefunden zu haben. [14]

Der Berufung Hitlers zum Regierungschef am 30. Januar 1933 folgte die Übernahme aller Machtpositionen in Deutschland durch die nationalsozialistische Partei, die Übernahme der Macht also durch geschworene Antisemiten. Die jüdischen Deutschen betrachteten diese Vorgänge mit tiefer Sorge. Immerhin fanden sich im Programm der Nazi-Partei die Forderungen nach Ausbürgerung der Juden (Punkt 5), nach Entfernung aller Juden aus öffentlichen Ämtern (Punkt 6) und nach Ausweisung aller nach dem 2.8.1914 nach Deutschland eingewanderten Juden (Punkt 8). Nur die Zionisten gaben unverhohlen ihrer Genugtuung über diesen Vorgang Ausdruck. (Der sicherlich nicht antizionistische, britische Autor Christopher Sykes meint, „daß die zionistischen Führer von den ersten Anfängen des Nazi-Unheils an entschlossen waren, aus der Tragödie politischen Vorteil zuziehen“. [15]) Die erste öffentliche Äußerung, die auf diesen Tatbestand hindeutet, stammte von dem Berliner Rabbiner Dr. Joachim Prinz, einem engagierten Zionisten, der unmittelbar nach dem 30. Januar

1933 den Machtantritt Hitlers als den Beginn der „Rückkehr des Juden zu seinem Judentum“ feierte. [16] Angesichts des sich abzeichnenden nazistischen Terrors gegen die jüdischen Deutschen triumphierte Prinz: „Kein Schlupfwinkel birgt uns mehr. Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue gesetzt: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und zur jüdischen Rasse. “ [17]

Dies war durchaus nicht die Meinung eines Einzelgängers. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU, das offizielle Organ der ZVfD, schrieb am 1 3. Juni 1933: „Der Zionismus anerkennt die Existenz der Judenfrage und will sie in einer großzügigen, konstruktiven Weise lösen. Er will hierfür die Mithilfe aller Völker gewinnen, der judenfreundlichen ebenso wie der judenfeindlichen, weil es sich seiner Auffassung nach hier nicht um Sentimentalitäten, sondern um ein reales Problem handelt, an dessen Lösung alle Völker interessiert sind.“ [18] Mit diesem Argument hatte man sich genau auf die gleiche politische Linie begeben, die die Nazis bezogen.

Am 21 . Juni 1933 gab es schließlich eine offizielle zionistische Stellungnahme zur Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus: Die „Äußerung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Stellung der Juden im neuen deutschen Staat“. In diesem umfangreichen Dokument wurde zunächst hervorgehoben, daß die Anschauungen der Zionisten „nach unserer Meinung eine den Grundsätzen des neuen deutschen Staates der nationalen Erhebung (hier wurde von den Verfassern fast wortgetreu die Nazi-Terminologie übernommen! K.P.) entsprechende Lösung ermöglichen würde“. [19] Nachdem auf diese Weise die grundsätzliche Einhelligkeit prinzipieller Positionen von Zionismus und Nationalsozialismus proklamiert worden war, gab die ZVfD in ihrem Dokument einen geschichtlichen Rückblick auf die Lage der Juden in Deutschland, in dem sie sich wiederum solcher Vokabeln wie „Bindung von Blut und Rasse“ bediente und – genau wie Hitler – eine „seelische Sonderart“ der Juden postulierte. Dann konstatierten die Zionisten: „Auch für den Juden müssen Abstammung, Religion, Schicksalsgemeinschaft und Artbewußtsein von entscheidender Bedeutung für seine Lebensgestaltung sein. Dies erfordert Überwindung des im liberalen Zeitalter entstandenen egoistischen Individualismus durch Gemeinsinn und Verantwortungsfreudigkeit.“ [20]

Nach dieser Beschwörung und Wiederholung faschistischer Thesen folgte ein offenes Bekenntnis zum faschistischen Staat: „Wir wollen auf dem Boden des neuen Staates (gemeint ist das nazistische Deutschland; K.P.), der das Rassenprinzip aufgestellt hat, unsere Gemeinschaft in das Gesamtgefüge so einordnen, daß auch uns, in der uns zugewiesenen Sphäre, eine fruchtbare Betätigung für das Vaterland möglich ist. “ [21] Schließlich verurteilten die Zionisten den Kampf antifaschistischer Kräfte gegen das Hitler-Regime, die im Frühjahr1933 zu einem wirtschaftlichen Boykott Nazi-Deutschlands aufgerufen hatten. „Boykottpropaganda – wie sie jetzt vielfach gegen Deutschland geführt wird - ist ihrer Natur nach unzionistisch, da der Zionismus nicht bekämpfen, sondern überzeugen und aufbauen will.“ [22]

Um sich die ganze Bedeutung dieser Erklärung der ZVfD vor Augen zu halten, muß man noch einmal daran erinnern, was dieser Stellungnahme alles vorangegangen war: Die Judenverfolgungen hatten eingesetzt und in einem großen, ganz Deutschland umfassenden Pogrom am 1. April 1933 einen ersten Höhepunkt gefunden. Aber das schien die zionistischen Führer kaum zu interessieren. Es schien sie kalt zu lassen, daß in den ersten Märztagen des Jahres 1933 in deutschen Städten jüdische Bürger mißhandelt wurden (so hatte man beispielsweise am 11. März 1933 in Braunschweig jüdische Geschäfte demoliert; so waren am 13. März 1933 vor dem Gerichtsgebäude in Breslau jüdische Rechtsanwälte mißhandelt worden; so hatten die Nazi-Behörden das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen, das u. a. die Vertreibung von 2000 jüdischen Wissenschaftlern von den deutschen Universitäten zur Folge hatte). Stattdessen zog es der im Sommer 1933 tagende XVIII. Zionistenkongreß vor, nicht gegen die Vorgänge in Deutschland zu protestieren. Als auf dem Zionistenkongreß am 24. August 1933 die Lage der deutschen Juden diskutiert werden sollte, legte das Präsidium des Kongresses fest, diese Diskussion zu unterbinden. [23]

Die Nazis honorierten diese „Zurückhaltung“ der Zionisten, indem sie der ZVfD die ungehinderte Weiterarbeit gestatteten (zu einer Zeit, da alle demokratischen und antifaschistischen Parteien und Organisationen in Deutschland schärfster Verfolgung ausgesetzt waren, und da man deren Funktionäre und Mitglieder in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppte) und alle nichtzionistischen jüdischen Organisationen in ihrer Arbeit außerordentlich behinderten. Diese Behinderungen trafen vor allem den CV. Schon vor 1933 hatten die Nazis, „wie auszahlreichen Beispielen der Nazipresse hervorgeht“, den CV als „ihren hauptsächlichen jüdischen Gegner“ gesehen. [24] Hatte nicht der CV den Zionisten immer wieder vorgeworfen, sie hätten „am Abwehrkampf (gegen den Faschismus; K.P.) selbst kein Interesse gezeigt… Er (der Zionismus; K.P.) habe eine Politik der Gleichgültigkeit (gegenüber der herannahenden faschistischen Gefahr; K.P.) betrieben, da es ihm eben an wahrer innerer Beteiligung fehle“. [25]

So besetzte die SA am Abend des 1 . März 1933 das Zentralbüro des CV und schloß es. Am 5. März 1933 wurde der CV in Thüringen wegen „hochverräterischer Umtriebe“ verboten. Gleichzeitig wandte sich der Nazi-Staat gegen andere nichtzionistische jüdische Organisationen, die, wie zum Beispiel der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ eine deutsch-nationalistische Position vertreten hatten. Verboten wurde auch der „Verband Nationaldeutscher Juden“ [Zum „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ (RjF) siehe Anhang (1)]

Mit diesem „Rückenwind“ durch die Nazis vermochten sich die Führer der Zionistischen Vereinigung für Deutschland noch im Jahre 1933 eine führende Position unter den jüdischen Deutschen zu erobern, die sie vorher ganz und gar nicht besessen hatte. Die Zionisten nutzten auch die offenbar gewordene Notwendigkeit eines Zusammenwirkens jüdischer Organisationen, um sich einflußreiche Positionen zu sichern, wobei sie hier, nach außen hin, bekannten Nichtzionisten den Vortritt ließen. Im Herbst 1933 wurde die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ gegründet, an der sich alle großen jüdischen Organisationen wie der CV und auch die ZVfD beteiligten. Leiter der Reichsvertretung wurde Rabbiner Dr. Leo Baeck, in dessen Person sich bereits die zwiespältige Haltung der Reichsvertretung zum Zionismus spiegelte: Baeck war einerseits Mitglied des Hauptvorstandes des CV, andererseits aber zugleich Präsident des zionistischen Siedlungsfonds „Keren Hajessod“ in Deutschland. Diese neu gegründete Reichsvertretung bot den zionistischen Führern eine breitere Plattform für ihre Tätigkeit. Die Reichsvertretung war übrigens nicht, wie manchmal behauptet wird, auf Weisung der Nazi-Behörden gegründet worden. Ball-Kaduri schrieb dazu: „Die höheren Stellen der Nazi interessierten sich für die internen Vorgänge im jüdischen Lager zunächst nicht“ – was allerdings nicht stimmt, sonst wäre die Verfolgung von Nichtzionisten und die Begünstigung der Zionisten kaum zu erklären. „So kam es, daß die Gründung der Reichsvereinigung ganz ohne staatliche Eingriffe erfolgte; die vollzogene Gründung der Reichsvertretung wurde einfach dem Reichsministerium des Innern mitgeteilt, die Gestapo interessierte sich gar nicht dafür.“ [26] Erst am 4. Juli 1939 erging die „Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ über die Zwangsgründung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die einmal eine Umbenennung der Reichsvertretung beinhaltete, und die die Zwangsmitgliedschaft aller jüdischen Deutschen in der Reichsvereinigung bestimmte. Der § 2 dieser Verordnung befahl übrigens getreu den zionistischen Wünschen: „Die Reichsvereinigung hat den Zweck, die Auswanderung aller Juden zu fördern.“ [27]

Dementsprechend wurden den zionistischen Organisationen die verschiedensten politischen Aktivitäten erlaubt. So ordnete beispielsweise die Bayrische Politische Polizei am 9. Juli 1935 an: „Von den zionistischen Organisationen werden seit einiger Zeit bei ihren Mitgliedern und Sympathisierenden Geldsammlungen zur Förderung der Auswanderung, zum Bodenkauf in Palästina und zur Unterstützung des Siedlungswesen in Palästina durchgeführt, diese Geldsammlungen sind nicht genehmigungspflichtig, weil sie in einem eng geschlossenen Kreis von Juden veranstaltet werden. Auch von staatspolizeilicher Seite bestehen gegen diese Veranstaltungen keine Bedenken, zumal es sich um solche Fonds handelt, mit deren Hilfe die praktische Lösung der Judenfrage gefördert wird.“

Schließlich hatten die Nazis seit 1933 den Zionisten die Fortsetzung ihrer Propaganda gestattet. Während alle Zeitungen in Deutschland unmittelbar nach der Machtergreifung der Aufsicht und Sprachregelung des Propagandaministeriums unterworfen wurden (sofern sie nicht, wie die Zeitungen der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften oder andere progressive Blätter, verboten waren), durfte die zionistische JÜDISCHE RUNDSCHAU ungehindert weitererscheinen. Winfried Martini, der zur damaligen Zeit für die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG als Korrespondent in Jerusalem tätig war, und der nach eigenem Zeugnis über „enge persönliche Verbindungen zum Zionismus“ verfügte, vermerkte später die „paradoxe Tatsache“, „daß gerade die jüdische (sprich: zionistische; K.P.) Presse jahrelang eine gewisse Freiheit besaß, die der nichtjüdischen Presse radikal verwehrt war“. [28] Er fügte hinzu, daß in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU „fast in jeder Ausgabe kritische Auseinandersetzungen mit der NS-Ideologie“ zu lesen waren, was aber keineswegs zum Verbot des Verkaufs der Zeitung führte, sondern lediglich ab Ende 1933 zum Verbot des Verkaufs der Zeitung an Nicht-Juden – die Juden sollten ja nach dem Willen der Nazis zum Zionismus bekehrt werden, und sei es mit Argumenten gegen die Nazis! Auf diese Weise nahm „das bis dahin wenig verbreitete Blatt der zionistischen Gruppe“ [29] einen schnellen Aufschwung.

Daß sich die zionistische Zeitung des Wohlwollens der Naziführer erfreuen konnte, wird verständlich, wenn man die Position des Blattes am Beispiel des „Judenboykotts“ vom 1. April 1933 betrachtet. Jenes organisierte Pogrom gegen die jüdischen Bürger in Deutschland, das in aller Welt und bei allen anständigen Deutschen Zorn und Abscheu erweckte, wurde von dem Organ der Zionisten keineswegs scharf verurteilt und angeprangert, sondern vielmehr als eine Bestätigung zionistischer Auffassungen gewertet: „Der verhängnisvolle Irrtum vieler Juden, man könne jüdische Interessen unter einem anderen Deckmantel vertreten, ist beseitigt“, schrieb die JÜDISCHE RUNDSCHAU zu dem Pogrom. „Der 1 . April 1933 kann ein Tag des jüdischen Erwachens und der jüdischen Wiedergeburt sein…“ [30]

Die Bewegungsfreiheit für die Zionisten betraf aber nicht nur ihre Zeitung, sondern auch die Herausgabe von Büchern. Bis 1938 konnten mehrere Verlage (so u. a. der Jüdische Verlag in Berlin-Charlottenburg und der Schocken-Verlag Berlin) ungehindert zionistische Literatur herausgeben. So erschienen im faschistischen Deutschland völlig legal Schriften von Chaim Weizmann, David Ben Gurion und Arthur Ruppin – äußere Anzeichen einer nazistisch-zionistischen Kooperation, die schon 1933 hinter den Kulissen begonnen hatte.

In die ersten Tage der Naziherrschaft in Deutschland fällt auch der Beginn einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Zionisten. Bereits im Mai 1933 hatte die zionistische Zitruspflanzungsgesellschaft „Ha Note'a“ beim deutschen Reichswirtschaftsministerium eine Genehmigung für den Transfer von Kapital aus Deutschland erwirkt und damit die Prozedur des späteren Ha'avara-Abkommens ausprobiert.

Die „Ha Note'a" kaufte für ihren Bedarf deutsche Waren, die von Bankkonten jüdischer Auswanderer in Deutschland bezahlt wurden. Die Auswanderer erhielten nach dem Verlassen Deutschlands dann den Gegenwert der von ihnen geleisteten Zahlungen in Haus- oder Grundbesitz übereignet. [31] Da die Erfahrungen der „HaNote'a" den zionistischen Führern erfolgversprechend erschienen, wurden noch im Sommer 1933 Verhandlungen zwischen zionistischen Stellen und dem deutschen Reichswirtschaftsministerium aufgenommen, die schon im August 1933 zum Abschluß des sogenannten Ha'avara-Abkommens führten.

Die Ha'avara-Verhandlungen von 1933 gehören zu denjenigen Ereignissen der zionistischen Geschichte, die immer wieder vernebelt worden sind. Immerhin ging es hierbei um eine Wirtschaftskooperation, und dies zu einer Zeit, da antifaschistische Kräfte versuchten, einen Boykott Nazideutschlands in die Wege zu leiten. Diese Bemühungen hat Nahum Goldmann, der damals immerhin eine führende Position in der zionistischen Organisation einnahm, später so kommentiert: „Aber viele jüdische Gruppen weigerten sich mitzumachen, sei es, weil etliche jüdische Firmen Handelsvertreter deutscher Unternehmungen waren, sei es, weil manche jüdische Organisationen, namentlich in den Vereinigten Staaten, den Standpunkt vertraten, es sei unpatriotisch, eine Wirtschaftsboykott gegen ein Land zu organisieren, zu dem das eigene normale Handelsbeziehungen [unterhält; *maulwuerfe.ch*]." [32] Das mochte zwar im Detail zutreffen, verschleierte aber die Wahrheit, denn diejenigen, die den Boykott durchbrachen, waren an erster Stelle die Zionisten selbst.

Über die Umstände, die zum Abschluß desHa'avara-Abkommens führten, gibt es widersprüchliche Darstellungen. Die Widersprüche aber reflektieren den Wunsch zionistischer Stellen, die zionistische Verantwortung in dieser Frage zu vernebeln. Der schon zitierte Ball-Kaduri vertritt beispielsweise die Auffassung, die Initiative für die Verhandlungen mit den faschistischen Behörden in Deutschland sei von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland ausgegangen, die den Generaldirektor der Anglo-Palestine Bank in Haifa, Hoofien, für das Projekt interessiert habe. Hoofien sei im Juni 1933 nach Berlin gereist und habe die entsprechenden Verhandlungen mit Oberregierungsrat Hartenstein vom Reichswirtschaftsministerium geführt. [33] (Aus diesem Grunde wurde das Ha'avara- abkommen in vielen Veröffentlichungen auch als „Hoofien-Abkommen" bezeichnet, eine Benennung, die den ganzen Vorgang auf eine Person – Hoofien – reduzierte.) Soweit Hoofien an der Angelegenheit beteiligt war (was wahrscheinlich schon deshalb notwendig war, weil es um konkrete Vereinbarungen über Transfer-Fragen ging, für die man einen Bankfachmann benötigte), so ist doch anzunehmen, daß eine so schwerwiegende Angelegenheit nicht aus privater Initiative und nicht ohne Abstimmung mit den maßgeblichen zionistischen Institutionen erfolgen konnte. Tatsächlich geht aus anderen Veröffentlichungen hervor, daß die Verhandlungen in Berlin von dem damaligen Chef des Politischen Departments der Jewish Agency, Chaim Arlosoroff, geleitet wurden. [34] Und schließlich wurde das Abkommen 1935 vom Zionistischen Weltkongreß offiziell gebilligt.

Das Ha'avara-Abkommen wurde – so Ball-Kaduri – „in Form eines Briefes des Reichswirtschaftsministeriums an Herrn Hoofien geschlossen. Die Verhandlungen gingen damals im wesentlichen reibungslos vonstatten, da die Nazi in diesem Zeitpunkt noch ‚zionistisch' eingestellt waren". [35]

Dem in Berlin ausgehandelten Abkommen zufolge wurde in Tel Aviv die Ha'avara-Gesellschaft und in Berlin die Schwestergesellschaft Paltreu gegründet. Das Verfahren wurde in folgender Weise abgewickelt: Der jüdische Auswanderer zahlte sein Geld (der Mindestbetrag lag bei einer Summe von 1000 Pfund Sterling) auf die deutschen Konten der Ha'avara ein (in Berlin beim Bankhaus Wassermann oder in Hamburg beim Bankhaus Warburg). Mit diesem Geld konnten jüdische Importeure deutsche Waren für den Export nach Palästina kaufen, während sie den Gegenwert in palästinensischen Pfund auf ein Ha'avara-Konto bei der Anglo-Palestine Bank in Palästina einzahlten. Wenn der Auswanderer in Palästina eintraf, erhielt er aus diesem Konto den Gegenwert des von ihm in Deutschland eingezahlten Betrages ausgezahlt (wobei Ball-Kaduri hinzufügt: „nach Abzug der ziemlich hohen Spesen." [36]).

Im Zusammenhang mit der durch das Ha'avara-Abkommen forcierten Auswanderung nach Palästina gründeten die Zionisten eine eigene Schiffahrtsgesellschaft, die Palestine Shipping Company, die das deutsche Passagierschiff „Hohenstein" kaufte und in „Tel Aviv" umbenannte. Anfang 1935 unternahm dieses Schiff seine erste Fahrt von Bremerhaven nach Haifa. Bei dieser Fahrt trug das Schiff am Rumpf in hebräischen Lettern den neuen Namen „Tel Aviv", während vom Mast die Hakenkreuzflagge wehte, „eine Kombination von metaphysischer Absurdität", schrieb ein Mitreisender später dazu. [37] Und der Kapitän des Schiffes, Leidig, war eingeschriebenes Mitglied der Nazipartei!

Das Ha'avara-Abkommen brachte jeglichen Versuch eines wirtschaftlichen Boykotts des Nazireiches zum Scheitern, sicherte der deutschen Wirtschaft einen umfangreichen und kontinuierlichen Export und erlaubte ihr die Eroberung eines Marktes, und das in einer Situation, da der Welthandel noch immer unter den Folgen der schweren Weltwirtschaftskrise von 1929 litt. [38] Dies wird auch in einer Aufzeichnung des NS-Staatssekretärs Stuckart vom Reichsinnenministerium vom 17. Dezember 1937 hervorgehoben, in der es heißt: „Die hauptsächlichen Vorteile (des Ha'avara-Abkommens; K.P.) sind folgende:… Der Einfluß der Ha'avara-Gruppe in Palästina hat zu der ungewöhnlichen, aber erwünschten Erscheinung geführt, daß gerade dort deutsche Waren von jüdischer Seite nicht boykottiert werden…" [39]

Das Ha'avara- Verfahren ermöglichte gleichzeitig eine Erweiterung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland nach Palästina und führte damit zur Stärkung der zionistischen Position in Palästina (man sollte erwähnen, daß die Einwanderer

aus Deutschland beispielsweise ein hohes Maß an „know-how“ mitbrachten). Es hatte zugleich eine „Selektion“ zur Folge. Da das Abkommen ein Mindestvermögen der Auswandernden von 1000 Pfund Sterling vorschrieb, konnten nur Angehörige der jüdischen Bourgeoisie von den Vorteilen des Abkommens Gebrauch machen, während die Werktätigen jüdischer Herkunft ihrem Schicksal überlassen blieben. [40]

In einer neueren Untersuchung über die nazistische Rassenpolitik wird deshalb völlig zu Recht die folgende Wertung des Ha'avara-Abkommens gegeben: „Das solidarische Prinzip, den jüdischen Menschen in Deutschland gegen die Verfolger zur Seite zu stehen, wurde durch das Kapitalinteresse durchlöchert. Pecunia non olet. Indessen erhielten auch die Maßnahmen jüdischer Unternehmer, die einzig dazu dienten, Kapital aus dem faschistischen Deutschland nach Palästina zu bringen, eine höhere Weihe. Es wurde behauptet, das nach dem Nahen Osten gebrachte Kapital käme dort allen Juden zugute. In Wirklichkeit diente es in Palästina wie vorher in Deutschland den Profitinteressen seiner Eigentümer.“ [41]

In dem gleichen Buch wurde festgestellt: „Die zionistische Internationale wollte die jüdischen Auswanderer aus Deutschland auf palästinensischem Boden nicht als Habenichtse eintreffen lassen, sondern als Kapitaleigentümer, die den Aufbau eines kapitalistischen Staates unterstützen konnten. Daraus erwuchs ein Interesse, sich mit den Antisemiten in Deutschland zu vergleichen“. [42]

In der Tat war vor der Gründung des Staates Israel der Ha'avara-Transfer der wohl stärkste ökonomische „booster“ für die zionistische Wirtschaft in Palästina. Zionistische Quellen nennen die für die damalige Zeit enorme Summe von 139,6 Millionen Reichsmark, die von Deutschland nach Palästina transferiert worden sei. [43] In einer anderen Quelle ist von 5 Millionen Pfund Sterling die Rede. [44] Die israelische Wirtschaft entstand also in jener Zeit, da die Nazis es den Zionisten ermöglichten, das Kapital für deren Aufbau von Deutschland nach Palästina zu schaffen. Nicht zufällig sind die bedeutendsten Großunternehmen in Israel von Auswanderern aus Deutschland gegründet worden oder wurden von diesen geleitet (zum Beispiel: die größte palästinensische Eisengießerei und die Zementindustrie wurden von dem einstigen Direktor der Berliner Elektrizitäts- und Wasser AG, Dr. Karl Landau, gegründet; Dr. Arnold Barth aus Berlin, Dr. Siegfried Sahlheimer aus Bamberg und Herbert Förder aus Breslau wurden die ersten Organisatoren der Bank Leumi; Fritz Naphtali aus Berlin und Georg Josephstal aus Nürnberg machten aus der unbedeutenden „Arbeiterbank“ ein Riesenunternehmen; einer der bedeutendsten israelischen Konzerne wurde von Jakutiel und Sam Federmann aus dem früheren Chemnitz gegründet).

Die wirtschaftlichen Abmachungen zwischen den Zionisten und den deutschen Faschisten wurden zunächst von allen Institutionen des Nazireiches gutgeheißen. Das Auswärtige Amt hatte bereits vor 1933 bei vielen Gelegenheiten eine pro-zionistische Haltung eingenommen (so hatte es u.a. ein Treffen zwischen Chaim Weizmann und den Staatssekretären von Schubert und von Bülow gegeben.[45]) Erst nach dem Ausbruch des arabischen Aufstandes von 1936 kam es zu ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Institutionen über die Zweckmäßigkeit einer Fortsetzung des Ha'avara-Transfers. Das Auswärtige Amt machte nun geltend, daß die de-facto-Unterstützung der zionistischen Politik dazu führen müsse, daß die Araber eine feindselige Haltung gegen Hitler-Deutschland einnehmen würden, was nicht im Interesse Deutschlands liegen könne. Zum Sprecher solcher Auffassungen machte sich der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, Dohle, der in einem umfangreichen Memorandum vom 22. März 1 937 erklärte, daß „durch unsere Förderung der Judeneinwanderung die … nach dem Kriege wieder gewonnenen deutschen Positionen … in Mitleidenschaft gezogen“ würden. [46]

Dohle ging es dabei natürlich nicht um arabische Belange, sondern ausschließlich um die politischen Interessen des deutschen Faschismus, weshalb er bemerkte, es brauchten Deutschland „die palästinensischen Araber und auch ihre Sympathie für uns nicht weiter zu interessieren“ [47]; es sei „vorerst nicht einmal eine wirklich aktive Araberpolitik erforderlich, sondern nur die Vermeidung einer augenfälligen Förderung des Aufbaus des jüdischen Nationalheims.“ Dohle befürchtete nämlich, „daß die arabische Stimmung umschlägt und der Vorwurferhoben wird, daß wir … uns aktiv am Kampf gegen die Araber beteiligen. ..“ [48]

Die Bedenken Döhles wurden auch von anderen deutschen Behörden aufgegriffen. So vermerkte das Außenhandelsamt der Auslandsorganisation der Nazipartei in aller Offenheit: „Politisch bedeutet (der Ha'avara-Transfer) eine wertvolle Unterstützung zur Errichtung eines jüdischen Nationalstaates mit Hilfe deutschen Kapitals. “ [49]

Am 17. Dezember 1937 hieß es in der schon zitierten Aufzeichnung des Staatssekretärs Stuckart vom Reichsinnenministerium, seit dem Beginn des arabischen Aufstandes in Palästina hätten sich „die Vorteile des (Ha'avara-; K.P.) Verfahrens verringert, die Nachteile verstärkt…“ [50] Stuckart meinte, wenn man die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina schon nicht verhindern könne, so müsse doch „alles unterlassen werden, was geeignet sei, das Wachsen eines solchen Staates zu fördern“. Stuckart erklärte dann unumwunden: „Es besteht kein Zweifel, daß das Ha'avara-Verfahren den größten Anteil zu dem stürmisch schnellen Aufbau Palästinas (d. h. der zionistischen Kolonisation; K.P.) beigetragen hat. Das Verfahren hat nicht nur das meiste Geld (aus Deutschland!) geliefert, sondern auch den intelligentesten Teil der Einwanderer gestellt und schließlich die zum Aufbau nötigen Maschinen und Industrieerzeugnisse, ebenfalls aus Deutschland, ins Land gebracht.“ [51]

Die Bedenken dieser Stellen (die, wie wir noch sehen werden, im Widerspruch zu den Auffassungen von SS und Gestapo standen) wurden schließlich Hitler vorgetragen. Wie aus einer Aufzeichnung der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 27. Januar 1938 hervorgeht, entschied Hitler, das Ha'avara-Verfahren solle fortgesetzt werden. [52] An dieser positiven Haltung Hitlers zur Stärkung der zionistischen Kolonisation in Palästina änderte sich auch nichts, als das Auswärtige Amt und die Auslandsorganisation der Nazipartei weiterhin über die zunehmende Feindseligkeit der Palästinenser gegen Deutschland klagten. So forderte das Büro des Chefs der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt am 12. November 1938 erneut, daß eine „Initiative zu der längst fälligen Beseitigung des Ha'avara-Abkommens ergriffen wird". [53] Auch Jon und David Kimche bestätigen übrigens, daß Hitler „mit eindeutigen Bestimmungen die Förderung der jüdischen Masseneinwanderung nach Palästina anordnete" [54] und daß Hitler die „Grundsatzentscheidung" traf, daß „die jüdische Auswanderung weiterhin mit allen verfügbaren Mitteln gefördert werden soll. Jede bis jetzt noch bestehende Frage, ob nach Ansicht des Führers eine derartige Auswanderung in erster Linie nach Palästina geleitet werden soll, ist damit positiv beantwortet worden". [55]

Und schließlich bestätigt auch Winfried Martini indirekt die pro-zionistische Position führender deutscher Kreise während des arabischen Aufstandes von 1936 bis 1939, wenn er schreibt, er habe als Korrespondent der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG in Palästina „ziemlich eindeutig zugunsten der jüdischen Seite" vom Aufstand berichtet, was zu „keinerlei Beanstandungen durch irgendwelche NS-Stellen" geführt habe. [56] Hitler blieb also ein Befürworter des Ha'avara-Transfers, der erst mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eingestellt wurde. [57]

Die Zionisten verfügten seit den ersten Tagen der Naziherrschaft in Deutschland über einen direkten „Draht" zu dem faschistischen Unterdrückungsapparat. Aus ersten Kontakten sollte sich in der Folge eine rege Zusammenarbeit zwischen der zionistischen Führung und den Terrororganisationen des Nazireiches (der Geheimen Staatspolizei – Gestapo; dem Sicherheitsdienst der SS – SD etc.) entwickeln.

Der zionistische Funktionär Leo Plaut hatte bereits vor 1933 mit der Politischen Polizei und mit dem Polizei-Oberregierungsrat Rudolf Diels „Verbindung gehalten" (Diels war angeblich ein Schulfreund von Plaut). Als Diels 1933 erster Chef der Geheimen Staatspolizei wurde, riß diese Verbindung Plauts nicht ab, ja, ‚Plaut besaß sogar die geheime Telefonnummer von Diels und konnte ihn jederzeit anrufen". [58] Die Einzelheiten dieses Kontaktes lassen sich nur vermuten, da die Aufzeichnungen darüber im Yad-Washem-Archiv in Jerusalem unter Verschluß gehalten werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß über diesen Kontakt das Treffen zwischen dem damaligen preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring und den Führern jüdischer Organisationen am 26. März 1933 zustande kam. Für die Zionisten nahm der Funktionär Kurt Blumenfeld an der Zusammenkunft teil, der allerdings in seinen Lebenserinnerungen über diese Episode schweigt. [59]

Während solche Kontakte in aller Stille vor sich gingen, gab es für die Öffentlichkeit ein Indiz für die Kooperation zwischen den Zionisten und der SS (die den gesamten Polizei- und Geheimdienstapparat des Nazistaates beherrschte): Die von dem Chefpropagandisten der Nazis geleitete Zeitung DER ANGRIFF veröffentlichte einen Reisebericht aus Palästina, in dem, ganz im Gegensatz zur offiziellen Nazipropaganda, die zionistische Kolonisation in Palästina überaus positiv beurteilt wurde. Der Bericht unter dem Titel „Ein Nazi fährt nach Palästina" „verzichtete nahezu vollständig auf jede Kritik". [60]

Hinter dem Verfasser-Pseudonym „Lim" verbarg sich der SS-Untersturmführer Leopold von Mildenstein. Mildenstein war im SD (dem Sicherheitsdienst der SS) tätig, der ursprünglich als Geheimdienstorganisation innerhalb der Nazipartei entstand und ab 1934 nicht nur Parteipolizei und polizeiliches Führungsinstrument war, sondern sich zum dominierenden innenpolitischen Geheimdienst der Nazidiktatur entwickelte. [61] Der SD wurde auch politische Führungs- und Kaderorganisation der nazistischen Sicherheitspolizei. Daß ausgerechnet Mildenstein eine ausgesprochen pro-zionistische Artikelserie schrieb, war kein Zufall: Im Amt II des SD (Inland) entstand 1934 die Abteilung II 112, das sogenannte „Judenreferat", dessen Leitung Mildenstein übernahm, der laut Martini auf seiner Palästinareise „von den zionistischen Stellen diskret beraten" worden war. [62] Mildensteins Abteilung bestimmte in den folgenden Jahren (bis 1938) maßgebend die nazistische Judenpolitik, die von dem offiziellen Organ der Reichsführung SS, DAS SCHWARZE KORPS, so formuliert worden war: „… Die Zeit dürfte nicht mehr allzu fern sein, in der Palästina seine seit über einem Jahrtausend verlorenen Söhne wieder aufnehmen kann. Unsere Wünsche, verbunden mit staatlichem Wohlwollen, begleiten sie." [63]

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, diese zionistenfreundliche Politik der SS als eine persönliche Haltung Mildensteins zu deuten, um von der tiefgehenden ideologischen Übereinstimmung zwischen Zionisten und Nazis abzulenken. Nicht nur die Zitate aus dem SCHWARZEN KORPS widerlegen diese Legende. Mildenstein selbst hat einige Jahre später seine palästinensischen Reisereportagen aus dem ANGRIFF als Buch herausgegeben. Darin aber kehrte er die ursprüngliche pro-zionistische Tendenz in einen unverhohlenen Antisemitismus um. [64]

Die zionistischen Führer, die den Leiter des SD-Judenreferats von Mildenstein auf seiner Palästina-Reise „diskret beraten" hatten, hielten auch weiterhin Kontakt zur SS und zum SD. Über die Details dieser Verbindung ist naturgemäß wenig bekannt, da sie unter strengster Geheimhaltung stattfand. Zu den wenigen Dokumenten, die über diese Vorgänge zugänglich sind, gehört eine Aufzeichnung von Prof. Franz Six [65] vom 17. Juni 1937, die den Vermerk „Geheime Kommandosache"

trägt. [66] Sie informiert über einen Besuch des zionistischen Beauftragten Feivel Polkes in Berlin. Polkes war Mitarbeiter des Führungsstabes der zionistischen Untergrundarmee Haganah im Range eines Kommandeurs. [67] Der SS-Oberscharführer Herbert Hagen, Nachfolger Mildensteins als Leiter des „Judenreferats", vermerkte in seiner Aktennotiz, Polkes habe die „Leitung des gesamten Selbstschutzapparates der palästinensischen Juden". [68]

Polkes hatte in Palästina in engem Kontakt mit dem Korrespondenten des „Deutschen Nachrichtenbüros", Dr. Reichert, gestanden, der im palästinensischen Spionagenetz des SD, den der in Haifa als Kaufmann lebende SD-Agent Otto von Bodelschwingh leitete, tätig war. Dr. Reichert verschaffte Polkes auch das Einreisevisum nach Deutschland. Polkes hielt sich vom 26. Februar bis zum 2. März 1937 in Berlin auf, wo er mehrfach mit SD-Beauftragten zusammentraf. So hatte er u.a. zwei Treffen mit dem SS-Hauptscharführer Adolf Eichmann, der inzwischen ebenfalls seine Arbeit im „Judenreferat" aufgenommen hatte. Polkes bot dem SD eine Zusammenarbeit an. Es gehe ihm vor allem darum, so sagte er zu Eichmann, „die jüdische Einwanderung nach Palästina zu stärken, damit die Juden in seiner Heimat das Übergewicht über die Araber erhielten; zu diesem Zweck arbeite er mit den Geheimdiensten Englands und Frankreichs zusammen, er wolle auch mit Hitler-Deutschland kooperieren". [69] Hagen notierte in seinem Bericht über den Polkes-Besuch in Berlin weiter: „Auch für Deutschland erklärte er sich bereit, Dienste in Form von Nachrichten zu leisten, soweit sie nicht seinen persönlichen Zielen entgegenstünden… Er würde u.a. die deutschen außenpolitischen Interessen im Vorderen Orient tatkräftig unterstützen…" [70] Höhne kommentiert die Angebote Polkes' mit den Worten: „…hinter ihnen stand offenbar die Einwanderungspolitik der Haganah". [71]

Die SS honorierte Polkes' Kooperationsabsichten auch sofort mit der von Six notierten Weisung: „Auf die Reichsvertretung der Juden in Deutschland wird ein Druck dahingehend ausgeübt, daß sich die aus Deutschland auswandernden Juden verpflichten, ausschließlich nach Palästina, nicht aber in irgendein anderes Land zu gehen." Das war genau das, was die Zionisten wollten. Six aber fügte hinzu: „Eine solche Maßnahme liegt durchaus im deutschen Interesse und wird bereits durch Maßnahmen des Gestapa vorbereitet". [72] (Gestapa = Geheimes Staatspolizeiamt).

Feivel Polkes, der Haganah-Kommandeur, tat ein Übriges für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nazis: Er übergab Eichmann eine Einladung, als Gast der Haganah Palästina zu besuchen. Six notierte: „Für die Arbeit der Verbindungsaufnahme käme vor allem SS-Hauptscharführer Eichmann von der Abteilung II 112 in Frage, der bei einem Berliner Aufenthalt Polkes' die Unterredung mit ihm führte und von ihm zu einem Besuch der jüdischen Kolonien in Palästina unter seiner Leitung eingeladen wurde. " [73]

Die Reise Eichmanns und Hagens nach Palästina ist in der Geschichte der Zusammenarbeit zwischen Zionismus und Nazi-Deutschland nur eine Episode gewesen. Aber sie war eine so bezeichnende und zugleich entlarvende Episode, daß sie Jahrzehnte hindurch Gegenstand nicht nur von Spekulationen, sondern auch von vorsätzlichen Fälschungen gewesen ist.

Nichts trachteten die zionistischen Führer mehr zu verbergen als die Tatsache, daß der weltweit bekannte und berüchtigte Judenmörder Adolf Eichmann einst von der Haganah nach Palästina eingeladen worden war. So drehten sie kurzerhand den Spieß um und behaupteten, Eichmanns Besuch habe dem Ziel gedient, Kontakt zu den aufständischen Palästinensern aufzunehmen, oder gar mit dem Mufti von Jerusalem, Hadj Amin al-Husseini, zu konspirieren. Der Erfinder dieser Geschichte scheint der bekannte Zionist und „Nazi-Jäger" Simon Wiesenthal zu sein, der schon 1947 die Behauptung aufstellte, Eichmann habe in der palästinensischen Siedlung Sarona ein Agentennetz aufgezogen und „Verbindung mit dem Großmufti" aufgenommen. [74] 1951 wurde von Leon Poliakov eine ähnliche Version in die Welt gesetzt [75], und Gerald Reitlinger übernahm sie zwei Jahre später in sein Werk „The Final Solution" [76]: Eichmann sei nach Palästina entsandt worden, „um mit den arabischen Aufständischen Fühlung zu nehmen". Von nun an wucherte die phantastische Legende.

Einen Besuch beim Großmufti wußte der Amerikaner Quentin Reynolds zu vermelden. [77] Der Eichmann-Biograph Corner Clarke behauptete sogar, daß Eichmann 50.000 Dollar „Nazigold" mit sich geführt und den palästinensischen Aufständischen übergeben habe. [78]

Vergleicht man derartige Legenden mit den tatsächlichen Vorgängen, so wird auch klar, weshalb der israelischen Regierung so sehr daran gelegen war, den Prozeß gegen Eichmann unter allen Umständen in Israel durchzuführen. Nur in Israel konnte man erneut alte Lügen auftischen [79], nur hier konnte man Eichmann dazu zwingen, eine vorsätzlich unrichtige Aussage vor Gericht zu machen: „Es sei auch richtig", sagte Eichmann im Prozeß aus, daß einer der Zweckes einer Palästinareise im Jahr 1937 die Herstellung einer Verbindung mit dem Mufti al-Husseini war". [80]

Daß hier der Prozeß gegen einen Massenmörder auch dazu benutzt wurde, die historische Schuld der zionistischen Führer zu vernebeln, wird offenbar, wenn man die zeitgenössischen Dokumente studiert. Eines dieser Dokumente ist der Reisebericht Eichmanns und Hagens aus dem Geheimarchiv des SS-Chefs Himmler. [81] Der wesentliche Inhalt des Reiseberichts ist folgender: Eichmann und Hagen reisten am 26. September 1937in Berlin ab (sie hatten sich als Redakteure des BERLINER TAGEBLATTS getarnt) und erreichten am 2. Oktober 1937 mit dem Schiff „Romania" den Hafen von Haifa. Da die britischen Behörden den beiden SS-Emissären die Einreisegenehmigung verweigerten (sie verwiesen auf den arabischen Aufstand), reisten Eichmann und Hagen weiter nach Ägypten. In Kairo aber trafen sie sich nicht mit Hadj Amin al-

Husseini [82], sondern mit ihrem alten Bekannten, dem Haganah-Offizier Feivel Polkes. Der Reisebericht Hagens und Eichmanns enthält eine genaue Wiedergabe der Gespräche mit Polkes, die am 10. und 11. Oktober 1937 im Kaffeehaus „Georgi“ in Kairo stattfanden. Zunächst legte Polkes den SS-Männern in aller Offenheit die zionistischen Pläne dar (die nachfolgende von Eichmann und Hagen notierte Äußerung Polkes‘ ist nicht nur im Zusammenhang mit der zionistisch-nazistischen Kooperation interessant, sondern auch als Zeugnis zionistischer Expansionspolitik): „Man wolle auf jeden Fall den Judenstaat, und zwar so bald wie möglich, um den Strom der jüdischen Auswanderer nach Palästina zu lenken. Wenn erst einmal der Judenstaat aufgrund der jetzigen Vorschläge des Peel-Berichtes [83] mit den von England schon teilweise versprochenen Positionen errichtet worden sei, werde man schon die Grenzen nach Belieben vorschieben können.“

Polkes lobte sodann den SS-Männern gegenüber den antisemitischen Terror in Deutschland: „Über die radikale deutsche Judenpolitik zeige man sich in nationaljüdischen Kreisen sehr erfreut, weil damit der Bestand der jüdischen Bevölkerung in Palästina so vermehrt werde, daß in absehbarer Zeit mit einer Mehrheit der Juden gegenüber den Arabern in Palästina gerechnet werden könne.“ Welch anderes Ziel konnte ein prominenter Beauftragter der Haganah mit solchen Äußerungen gegenüber den künftigen Judenmördern verfolgen, als die Absicht, die Interessengleichheit zwischen Nationalsozialismus und Zionismus zu demonstrieren und quasi ein langdauerndes Bündnis anzubieten?

Nachdem Polkes sodann nochmals auf die Notwendigkeit einer Beschleunigung der jüdischen Austreibung aus Deutschland verwiesen hatte, erklärte er sich ein zweites Mal bereit, dem SD Geheiminformationen zu liefern. Zwei solcher Informationen übermittelte er sofort. Eichmann notierte sie im Reisebericht. Die erste dieser Informationen hatte den Zweck, die Nazis zur Verfolgung der arabischen nationalen Bewegung zu veranlassen. Eichmann notierte: „Der in Berlin sitzende Pan-Islamische Weltkongreß e.V. soll lt. Information Polkes in direkter Fühlungnahme mit den beiden sowjetfreundlich eingestellten Araberführern Emir Shekib Arslan und Emir Adil Arslan stehen.“

Die zweite Information, die Eichmann in seinem Reisebericht festhielt, betraf jene Partei, die am entschiedensten gegen den nazistischen Terror und gegen die antisemitischen Ausschreitungen auftrat, die Kommunistische Partei Deutschlands: „Der in Deutschland besonders stark durchdringende illegale kommunistische Sender soll nach Polkes Angaben, auf einem Lastwagen montiert, längs der deutsch-luxemburgischen Grenze seine Sendetätigkeit ausüben.“ Auch diese Information belegt, wo die zionistischen Führer ihre Verbündeten und wo sie ihre Feinde sahen!

Die Treffen zwischen Eichmann und Polkes sind durchaus keine isolierten, zufälligen Ereignisse gewesen. Sie ordnen sich in den Rahmen der langdauernden, vielfältigen Kooperation von Nationalsozialisten und Zionisten ein. Nach Eichmanns und Hagens Reise erfolgte diese Zusammenarbeit konkret über die „Mossad Alijah Beth“, die von der Haganah als illegale Einwanderungsorganisation geschaffen wurde, nachdem Großbritannien in Befolgung des Peel-Berichtes die jüdische Einwanderung nach Palästina gedrosselt hatte. Bereits Ende 1937, also wenige Monate nach Eichmanns Reise, nahmen mit Genehmigung der Nazi-Behörden Beauftragte der Mossad in Berlin-Charlottenburg, Meineckestraße 10, im Hause der „Reichsvereinigung“ ihre Tätigkeit auf. [84] Die beiden Beauftragten, Pina Ginzburg und Moshe Auerbach waren eigens dazu aus Palästina nach Deutschland eingereist.

Jon und David Kimche datieren in ihrem Buch „Secret Roads“ Ginzburgs Ankunft in Berlin allerdings erst auf den Sommer 1938. [85] Ginzburg habe sich offiziell als Beauftragter der „Union of Communal Settlements“ bei der Gestapo vorgestellt und erklärt, „er sei in einer Sondermission hier, seine Aufgabe entspreche den Absichten der Naziregierung, denn sein Ziel sei, die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina zu organisieren. Nur mit Unterstützung der Naziführer könne das Projekt in großem Maßstab durchgeführt werden“. [86] Die Gestapo habe sodann mit Ginzburg erörtert, „wie die jüdische ‚illegale‘ Einwanderung nach Palästina gegen den Willen der britischen Mandatsregierung zu fördern und auszudehnen sei‘. [87]

An dieser Stelle ist zu ergänzen, daß die Nazi-Behörden in der Zwischenzeit begonnen hatten, ihre Methoden des Drucks auf die jüdischen Deutschen zu ändern. Nun überließen sie es der Zionistischen Organisation nicht mehr allein, die Auswanderung nach Palästina in die Wege zu leiten. In Wien (Österreich war im März 1938 von Hitler-Deutschland okkupiert worden) war die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ gebildet und Adolf Eichmann unterstellt worden. Eichmann war im Frühsommer 1938 in Wien mit einem anderen Beauftragten der Mossad, Bar-Gilead, zusammengetroffen, der ihn um die Genehmigung gebeten hatte, Umschulungslager für Auswanderer einrichten zu können, damit man die Auswanderungswilligen auf ihre Arbeit in Palästina vorbereiten könne. [88] Nach einer Rückfrage in Berlin erteilte Eichmann die Genehmigung und stellte alle Voraussetzungen für die Einrichtung von Schulungslagern zur Verfügung. Bis Ende 1938 wurden etwa 1000 junge Juden in diesen Einrichtungen ausgebildet. [89]

Auch Ginzburg in Berlin konnte solche Schulungslager mit Hilfe der Nazi-Behörden einrichten, und Jon und David Kimche schreiben: „Der Palästinenser (gemeint ist Ginzburg; K.P.), der zu allem entschlossen nach Berlin gekommen war, machte sich kein Gewissen daraus, mit dem Teufel aus einer Schüssel zu essen und sich seinen Anteil an der Mahlzeit zu sichern.“ [90]

Hannah Arendt hat in ihrem Buch „Eichmann in Jerusalem“ diese Vorgänge so kommentiert: “ … diese Juden aus Palästina sprachen eine Sprache, die von Eichmanns eigenem damaligen Sprachgebrauch keineswegs total verschieden war. Sie waren von den Gemeinschaftssiedlungen in Palästina nach Europa geschickt worden, für Rettungsaktionen interessierten sie sich nicht: ‚das war nicht ihre Aufgabe‘. Vielmehr wollten sie ‚brauchbares Material‘ auswählen, und im Rahmen dieses Unternehmens betrachteten sie – da ja das Ausrottungsprogramm noch nicht in Gang gekommen war – als ihren Hauptgegner nicht diejenigen, die den Juden das Leben in der alten Heimat, in Deutschland und Österreich, unerträglich machten, sondern jene anderen, die den Zugang zur neuen Heimat versperrten; ihr Feind war ganz eindeutig nicht Deutschland, sondern England… Vermutlich waren sie die ersten Juden, die offen von gemeinsamen Interessen sprachen. ..“ [91]

Während die Mehrheitsfraktionen der zionistischen Bewegung, also der Flügel der „Arbeiten-Partei (Ben Gurion u. a.) und der „Allgemeinen Zionisten“ (Weizmann u.a.) ihre Kontakte mit den Nazis sorgfältig camouflierten und öffentlich auch Worte gegen die Nazis fanden, hatte der rechte Flügel des Zionismus, die Revisionistische Partei Jabotinskys (die Vorläuferorganisation der Terrorgruppe „Irgun Zwai Leumi“ und der späteren Herut-Partei von Menachem Begin), schon vor dem Jahre 1933 bei vielen Gelegenheiten aus seiner Sympathie für Leute wie Hitler und Mussolini kein Hehl gemacht. Als beispielsweise Anfang 1932 in Jerusalem ein Prozeß gegen Teilnehmer an Ausschreitungen in der Hebräischen Universität stattfand, erklärte ein Verteidiger der Angeklagten, der Rechtsanwalt Cohen II, Mitglied der Revisionistischen Partei: „Ja, wir Revisionisten hegen für Hitler eine große Achtung. Hitler hat Deutschland gerettet. Sonst wäre es schon vor vier Jahren zugrunde gegangen. Und hatte Hitler seinen Antisemitismus abgelegt – wir würden mit ihm gehen…“ [92]

Vladimir Jabotinsky, der damalige Führer der Revisionisten, der über gute Beziehungen zu faschistischen Bewegungen in Europa verfügte [93], wurde beschuldigt, nun auch den Versuch zu machen, eine enge Bindung zu Hitler-Deutschland zu suchen. Offenbar hatte ein Wettlauf in der zionistischen Bewegung zwischen der Mehrheit und der Rechten begonnen, wer mit den neuen Herren Deutschlands besser zusammenarbeiten könne, und wer dem anderen in der Öffentlichkeit die Kollaboration mit den Nazis nachweisen könne (siehe dazu auch die Vorgänge um die Ermordung Chaim Arlosoroffs *34). DAVAR veröffentlichte im Juli 1933 einen Artikel von David Ben Gurion, in dem eine schwer wiegende Anschuldigung erhoben wurde: „…Unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland, als die Verfolgungen von Juden und Marxisten auf ihrem Höhepunkt waren, erschien Vladimir Jabotinsky in Berlin und stachelte in einer öffentlichen Ansprache gegen Marxisten und Kommunisten im Zionismus und in Palästina auf.“ [94] Wenn das zutraf, so bedeutete dies, daß Jabotinsky die Verhandlungen seines politischen Gegenspielers mit den Nazis torpedieren wollte, um sich als Gesprächspartner ins Spiel zu bringen. Jabotinsky bemühte sich, die Anschuldigungen Ben Gurions zurückzuweisen, indem er geltend machte, er habe am 28. April 1933 über Radio Warschau gesprochen und einen weltweiten Wirtschaftsboykott Deutschlands gefordert, bei gleichzeitiger Gründung eines jüdischen Staates in Palästina „als einziger adäquater Antwort auf die Hitlergefahr“. [95] Dies war eine deutliche Anspielung auf die Ha’avara-Verhandlungen.

Andererseits konnte Jabotinsky nicht bestreiten, daß die in Palästina erscheinende revisionistische Zeitung CHASIT HA’AM (für die er regelmäßig Beiträge schrieb), aus ihrer Sympathie für die Hitlerbewegung kein Hehl machte. Jabotinsky, so schreibt sein Biograph Schechtman, sei „tief beunruhigt und betroffen“ gewesen, als er davon informiert wurde, daß das Blatt in den frühen Stadien des Nationalsozialismus „die (Hitler-; K.P.) Bewegung angeblich mit einem ausgesprochenen Hang nach seelenverwandter Verständigung behandelt hatte. Die Redakteure des Blattes. ..sähen im Nationalsozialismus, obwohl ihnen Hitlers rabiater Antisemitismus bekannt sei, Elemente einer echten Bewegung nationaler Befreiung“. [96]

Für das faschistische Deutschland war die Zusammenarbeit mit den Mehrheitszionisten zweifellos wichtiger als eine Kooperation mit der revisionistischen „Opposition“. Dennoch wurde auch den Revisionisten erlaubt, ihre politischen Aktivitäten in Deutschland fortzusetzen. Die Angehörigen der revisionistischen Jugendorganisation „Betar“ (Schechtmann schreibt von ihr, sie habe sich „gewissen Zügen des Nazi-Regimes angepaßt“ [97]) erhielten als einzige nicht gleichgeschaltete Organisation in Deutschland von den Nazi-Behörden die Erlaubnis, weiterhin ihre Uniformen tragen zu dürfen.

Eine Splittergruppe der „Irgun“ war es schließlich, die in ihrer Absicht, mit den deutschen Faschisten zu kollaborieren, so weit ging, mitten im Zweiten Weltkrieg, zu einem Zeitpunkt, da die Judenmassaker im besetzten Polen bereits begonnen hatten, den Nazi-Behörden ein in seiner Art schier unglaubliches Angebot zu machen. Das Kooperationsangebot an die Nazi-Behörden ist in einem bisher weithin unbekannten Dokument enthalten, das der Marineattaché der deutschen Botschaft in der Türkei, der Geheimdienstaufgaben wahrnahm, mit einem kurzen Begleitschreiben mit Datum vom 11. Januar 1941 und dem Vermerk „Geheim“ als Anlage Nr. 3 an den deutschen Botschafter in Ankara weiterreichte (Eingangsstempel: „Deutsche Botschaft in der Türkei, 18. Jan. 1941 „).

Die Anlage hat folgenden Wortlaut: „Grundzüge des Vorschlages der Nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zwai Leumi) betreffend der Lösung der jüdischen Frage Europas und der aktiven Teilnahme der N.M.O. am Kriege an der Seite Deutschlands. Es ist des Öfteren von den leitenden Staatsmännern des nationalsozialistischen Deutschlands in ihren Äußerungen und Reden hervorgehoben worden, daß eine Neuordnung Europas eine radikale Lösung der Judenfrage durch

Evakuation voraussetzt („Judenreines Europa“). Die Evakuierung der jüdischen Massen aus Europa ist eine Vorbedingung zur Lösung der jüdischen Frage, die aber nur einzig möglich und endgültig durch die Übersiedlung dieser Massen in die Heimat des jüdischen Volkes, nach Palästina, und durch die Errichtung des Judenstaates in seinen historischen Grenzen, sein kann.“

Nachdem auf diese Weise die gemeinsamen Grundauffassungen von Zionismus und Nationalsozialismus hervorgehoben worden waren, bot sich die N.M.O. als Bundesgenosse an. In dem Dokument heißt es weiter: „Das jüdische Problem auf diese Weise zu lösen und damit das jüdische Volk endgültig und für immer zu befreien, ist das Ziel der politischen Tätigkeit und des jahrelangen Kampfes der israelitischen Freiheitsbewegung, der Nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zwai Leumi).

Die N.M.O., der die wohlwollende Einstellung der deutschen Reichsregierung und ihrer Behörden zu der zionistischen Tätigkeit innerhalb Deutschlands und zu den zionistischen Emigrationsplänen gut bekannt ist, (Anm.: Man beachte die Beschwörung der nazistisch-zionistischen Kooperation in den Jahren 1933 bis 1939!, K.P.) ist der Ansicht, daß

1 . eine Interessengemeinschaft zwischen den Belangen einer Neuordnung Europas nach deutscher Konzeption und den wahren nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes, die von der N.M.O. verkörpert werden, bestehen könne,

2. eine Kooperation zwischen dem Neuen Deutschland und einem erneuerten, völkisch-nationalen Hebräertum möglich wäre und

3. die Errichtung des historischen Judenstaates auf nationaler und totalitärer Grundlage, der in einem Vertragsverhältnis mit dem Deutschen Reiche stünde, im Interesse der Wahrung und Stärkung der zukünftigen deutschen Machtpositionen im Nahen Orient sei.“

Die N.M.O. bot also nicht mehr und nicht weniger an, als die Errichtung eines faschistischen Judenstaates in Palästina als Bundesgenosse des deutschen Faschismus.

Ausgehend aus diesen Erwägungen tritt die N.M.O. in Palästina, unter der Bedingung einer Anerkennung der oben erwähnten nationalen Aspirationen der Israelitischen Freiheitsbewegung seitens der Deutschen Reichsregierung, an dieselbe mit dem Angebote einer aktiven Teilnahme am Kriege an der Seite Deutschlands heran. Nachdem die Irgun-Zionisten also nun auch vorschlugen, an der Seite der deutschen Nazis aktiv am Kampf gegen die Anti-Hitler-Koalition teilzunehmen, präzisierten sie in dem Dokument ihren Vorschlag noch weiter:

„Dieses Angebot seitens der N.M.O., deren Tätigkeit auf das militärische, politische und informative Gebiet, in und nach bestimmten organisatorischen Vorbereitungen auch außerhalb Palästinas, sich erstrecken könnte, wäre gebunden an die militärische Ausbildung und Organisierung der jüdischen Manneskraft Europas, unter Leitung und Führung der N.M.O., in militärische Einheiten und deren Teilnahme an Kampfhandlungen zum Zwecke der Eroberung Palästinas, falls eine entsprechende Front sich bilden sollte.

Die indirekte Teilnahme der Israelitischen Freiheitsbewegung an der Neuordnung Europas, schon in ihrem vorbereitenden Stadium, im Zusammenhange mit einer positiv-radikalen Lösung des europäischen Judenproblems im Sinne der erwähnten nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes, würde in den Augen der gesamten Menschheit die moralischen Grundlagen dieser Neuordnung ungemein stärken.

Die Kooperation der Israelitischen Freiheitsbewegung wurde auch in der Linie einer der letzten Reden des deutschen Reichskanzlers liegen, in der Herr Hitler betonte, daß er jede Kombination und Koalition benutzen werde, um England zu isolieren und zu schlagen…“ [98]

Dieses schreckliche Dokument bedarf keines weiteren Kommentars. Es sei nur ergänzt, daß der rüde Antisemitismus und das bereits angelaufene Vernichtungswerk an den europäischen Juden die Nazis davon abhielten, auf dieses Bündnisangebot einzugehen. Die Irgun aber verschrieb sich zwei Jahre später der Terrortätigkeit gegen britische Einrichtungen im Nahen Osten und schwächte damit aktiv den Kampf der Anti-Hitler-Allianz gegen den deutschen Faschismus, einen Kampf, der auch zur Rettung der europäischen Juden geführt wurde.

Wann immer ein Zipfel jenes Vorhangs gelüftet wurde, hinter dem die Geschichte der zionistischen Kooperation mit den Nationalsozialisten verborgen ist, hatten die Zionisten eine Ausrede zur Hand: Man habe – so argumentieren die zionistischen Führer – sich nur deshalb mit den Nazis eingelassen, um das Leben jüdischer Bürger zu retten. Wenngleich die vorstehend dargelegten Tatsachen dieses Argument genügend widerlegen, so sollen dennoch zwei Fragen angeschnitten werden: Gab es wirklich keinen anderen Weg zur Rettung der europäischen Juden? War dies das wahre Motiv der Zionisten, als sie ihren Pakt mit dem Teufel schlössen?

Es steht außer Frage, daß die einzige Möglichkeit, den Mord an Millionen Juden zu verhindern (und den Zweiten Weltkrieg zu verhindern, der Millionen Russen und Polen, Jugoslawen, Holländern, Belgiern und Franzosen das Leben kostete!) darin

bestanden hätte, die Nazi-Diktatur schon zu Beginn ihrer Herrschaft zu stürzen. Daran aber waren die zionistischen Führer nicht interessiert, ihnen ging es ausschließlich darum, die Zahl der jüdischen Bevölkerung in Palästina zu erhöhen. Da sie in anti-assimilatorischen und rassistischen Auffassungen befangen waren und sind, war für sie die Nazi-Diktatur kein Unglück, sondern lediglich eine Bestätigung ihrer Position. David Ben Gurion formulierte das später so: „Was jahrelange zionistische Propaganda nicht zustande brachte, hat die Katastrophe über Nacht bewirkt". [99]

So taten denn die zionistischen Führer nicht nur nichts gegen den Faschismus, sie sabotierten überdies den antifaschistischen Kampf (so durch die Verhinderung eines ökonomischen Boykotts mittels des Ha'avara-Abkommens). Sie sabotierten überdies auch alle Versuche zur Rettung der deutschen Juden, sofern solche Versuche nicht die Ansiedlung der Juden in Palästina zum Ziel hatten. Das hervorstechendste Beispiel liefert die Konferenz von Evian. Da sich nach 1933 die Mehrzahl der kapitalistischen Länder weigerte, jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufzunehmen, fand vom 6, bis 15. Juli 1938 in dem Schweizer Ort Evian auf Anregung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt eine Weltflüchtlingskonferenz statt, an der 32 Länder teilnahmen. Diese Konferenz scheiterte schließlich an der Ablehnung der Teilnehmer, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen.

Man hätte nun annehmen müssen, daß die zionistische Bewegung, die ebenfalls in Evian vertreten war, versucht hätte, Druck auf die Regierungen zur Aufhebung der Restriktionen auszuüben. Aber dies geschah nicht. Ganz im Gegenteil! Die zionistischen Führer legten zu Konferenzbeginn die Forderung auf den Tisch, man solle 1.2 Millionen Juden in Palästina ansiedeln. An anderen Lösungen waren sie nicht interessiert, und Christopher Sykes bemerkte später dazu: „Von Anfang an betrachteten sie das ganz Unternehmen mit gleichgültiger Feindseligkeit … Die Wahrheit ist, daß das, was in Evian angestrebt wurde, der Idee des Zionismus in keiner Weise entsprach." [100]

Wenn also nur ein kleiner Teil der Juden Europas gerettet werden konnte, so nicht zuletzt auch wegen der ablehnenden Haltung der Zionisten. Man sollte der Gerechtigkeit halber nicht vergessen, daß diejenigen Juden, die die nazistische Schreckensherrschaft überlebten, ihre Rettung vor allem den Soldaten der Anti-Hitler-Allianz verdankten, insbesondere auch den Soldaten der Sowjetarmee, die unter unbeschreiblichen Opfern die Nazi-Diktatur zerschlugen.

Die zionistischen Führer, die ihre historische Mitschuld zu verbergen suchen, bemühen sich, die Geschichte zu fälschen, indem sie heute behaupten, niemand habe in den Jahren des europäischen Faschismus den verfolgten Juden zur Seite gestanden, niemand außer den Zionisten. Robert Weltsch, der selbst im Jahre 1933 keine eindeutige Haltung gegen die Nazis bezogen hatte, stellte die These auf, niemand habe in Deutschland für die Verfolgten Partei genommen. [101]

Das Studium historischer Dokumente aber zeiht Weltsch und die anderen Zionisten der Unwahrheit. Abgesehen von einer Vielzahl mutiger individueller Aktionen der Hilfe für die Verfolgten hat beispielsweise die Kommunistische Partei Deutschlands vom ersten Tage der Nazi-Diktatur an die antisemitischen Ausschreitungen als integralen Bestandteil des herrschenden Systems angeprangert. Während die zionistische Arbeiter-Organisation Haschomer Hazair in Deutschland noch 1932 erklärt hatte, „daß eine Beteiligung der chaluzischen Jugend [102] am Kampfe der deutschen Arbeiterklasse… nicht der Weg unserer politischen Betätigung" ist [103], während für den Haschomer Hazair „die Abgrenzung gegen die Kommunisten von besonderer Bedeutung" war [104], erklärte die Kommunistische Partei Deutschlands zum Nazi-Pogrom vom 9. November 1938: „Die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgungen… Die Befreiung Deutschlands von der Schande der Judenpogrome wird zusammenfallen mit der Stunde der Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Tyrannei." [105]

Die deutschen Kommunisten riefen zur Schaffung einer antifaschistischen Volksfront auf. Die Zionisten aber waren daran nicht interessiert. Auf dem XIX. Zionistenkongreß in Luzern erklärte Chaim Weizmann 1935: „… die einzige würdige Antwort auf all das, was den Juden in Deutschland angetan wird, ist ein großer, schöner und gerechter Bau in Eretz Israel, ein starker Bau." [106]

Redaktionell leicht bearbeitete Abschrift nach
http://archive.org/stream/DerZionismusImKomplottMitDemNationalsozialismus/ZionistenUndNazis_djvu.txt **[Redaktion *maulwuerfe.ch*]**

Anmerkungen

[1] Information Bulletin, Communist Party of Israel, 3-4/1969, p. 196.

[2] Information Bulletin, Communist Party of Israel, 3-4/1969, p. 197.

[3] In dem Buch „Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933" von Kurt-Jacob Ball-Kaduri (Frankfurt/Main 1963) werden u.a. folgende „nicht-veröffentlichte Quellen" genannt, die im Yad-Washem-Archiv in Jerusalem aufbewahrt werden: „Beiträge zur Geschichte des Ha'avara-Transfers" von Dr. Leo David (YWA 01/277); „Verhandlungen mit der Gestapo in Berlin

über Auswanderungen 1936-1938″ (YWA 01/130);“Leo Plaut und der Gestapochef Diels in Berlin in den Jahren 1933/34“ (YWA 01/229).

[4] Diese statistischen Angaben sind zusammengestellt nach Esra Bennathan, „Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden“ in „Entscheidungsjahr 1 932. Zur Judenfrage in der Weimarer Republik“ (Tübingen 1966), Seiten 89 und 95.

[5] Dr. Alfred Wiener, „Juden und Araberin Palästina“ (Berlin 1929), S. 36.

[6] Laut Wiener, op. cit. Seite 36.

[7] Zitiert nach Kurt Loewenstein, „Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie“ in „Entscheidungsjahr 1932“, op. cit. (Anm.4), Seite 363.

[8] Zitiert nach Dr. Alfred Wiener, „Kritische Reise durch Palästina“ (Berlin 1927), Seite 8.

[9] Werner E. Mosse, „Der Niedergang der deutschen Republik und die Juden“ in „Entscheidungsjahr 1932“,op. cit. (Anm. 4), Seite 38.

[10] Gerhard Holdheim, „Der Zionismus in Deutschland“ in SÜDDEUTSCHE MONATSHEFTE 12/1930, Seite 855.

[11] Alfred Rosenberg, „Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten“ (München 1 937), Seite 153.

[12] Hannah Arendt, „Eichmann in Jerusalem“ (London 1963), p. 53.

[13] CV-ZEITUNG IX, 11. Juli 1930.

[14] Protokoll der Sitzung in Central Zionist Archives in Jerusalem; zitiert bei Kurt Loewenstein in „Entscheidungsjahr1932“, op. cit. (Anm. 4), Seite 388.

[15] Christopher Sykes, „Crossroads to Israel“ (London 1965); deutscheAusgabe „Kreuzwege nach Israel“ (München 1967), Seite 151.

[16] Zitiert nach Hans Lamm, „Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich“, Inauguraldissertation, Philosophische Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, 1951, Seite 161.

[17] Hans Lamm, op. cit. (Zu Joachim Prinz siehe auch Seite 51 im Anhang dieses Heftes).

[18] Hans Lamm, op. cit. Seite 156.

[19] Zitiert nach „In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag“ (Tel Aviv 1962), Seite 118 ff.

[20] „Äußerung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Stellung der Juden im neuen deutschen Staat“, veröffentlicht in „Zwei Welten, Siegfried Moses zum 75. Geburtstag“ (Tel Aviv 1962), Seite 118 ff.

[21] ebenda.

[22] ebenda.

[23] Siehe Joseph B. Schechtman, „Fighter and Prophet. TheVladimir-Jabotinsky-Story“ (New York/London 1961), p.194.

[24] Arnold Paucker, „Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik“ (Hamburg 1968), Seite 32.

[25] Arnold Paucker, op. cit. Seite 43.

[26] Ball-Kaduri, op. cit. (Anm. 3), Seite 147.

[27] „Reichsgesetzblatt“, Teil I, Nr.1 1 8/1939, Seite 1097 f.

[28] Winfried Martini, „Hitler und die Juden“, in CHRIST UND WELT (Stuttgart), 16. Juni 1961.

[29] Ball-Kaduri, op. cit. (Anm. 3), Seite 91.

[30] JÜDISCHE RUNDSCHAU, 4. April 1933.

[31] Siehe Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis, Ludwig Pinner, „Ha’avara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933 1939“ (Tübingen 1973).

[32] Nahum Goldmann, „Staatsmann ohne Staat“ (Köln/Berlin 1970), Seite 197.

[33] Ball-Kaduri, op. cit. (Anm.3), Seite 155.

[34] Dies jedenfalls erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik der israelischen Knesset, Meir Argov, in einer Parlamentsdebatte über das Wiedergutmachungsabkommen zwischen Israel und der BRD (Laut Protokoll der Knesset vom 30. Juni 1959). Im übrigen gab es die Vermutung, die Ermordung Arlosoroffs könne mit dessen Beteiligung an Verhandlungen in Nazi-Deutschland zusammenhängen. Chaim Arlosoroff wurde am 16. Juni 1933 am Strand von Tel Aviv von „zwei unbekannten Personen" ermordet. Seine Frau identifizierte als Mörder einen gewissen Abraham Stavsky, der aktives Mitglied der von Vladimir Jabotinsky geleiteten Revisionistischen Partei (aus der die Terrororganisation „Irgun" und die heutige Partei von Menachem Begin hervorging) war. Die palästinensische Polizei verhaftete die des Mordes Verdächtigen. Stavsky wurde im Juni 1 934 zum Tode verurteilt, aber vor dem palästinensischen Appellationsgericht wegen technischer Verfahrensmängel freigesprochen.

Vladimir Jabotinsky hatte unmittelbar nach dem Mord gefordert, „die Mörder unter den Arabern zu suchen". Wenige Tage später aber – am 7. Juli 1933 – klagte David Ben Gurion interessanterweise Jabotinsky der Kollaboration mit den deutschen Faschisten an – um von der eigenen Kollaboration abzulenken?

Siehe dazu Joseph B. Schechtman, op. cit. (Anm. 23), p. 185, 202, 203. Albert M. Hyamson („Palestine under the Mandate", London 1950) bemerkte übrigens, Arlosoroff sei „wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Deutschland" ermordet worden. Zusatz des Herausgebers der KLARTEXTE: Daß Chaim Arlosoroff die Verhandlungen in Berlin geleitet hat, darf als gesichert gelten; daß er dieser Verhandlungen wegen von Anhängern der zionistisch-revisionistischen Partei Jabotinskys ermordet wurde, ist sehr wahrscheinlich. Arlosoroff war in den ersten Tagen des Monats Mai 1933 in Berlin, ein zweites Mal im Juni 1933. Er kehrte am 14. Juni, zwei Tage vor seiner Ermordung, aus Berlin zurück. Am 9. Juni 1933 erschien in CHASIT HA'AM, einer Zeitschrift der extremsten Richtung des Revisionismus in Palästina, ein Artikel unter der Überschrift: „Der Mapai-Diplomat (Arlosoroff) beabsichtigt, die Front gegen Hitler zu zerbrechen. Ein Vorschlag Dr. Arlosoroffs, den deutschen Export zu sichern. „(Jabotinsky agitierte fortan für den Wirtschaftsboykott Deutschlands – wohl aus dem einzigen Grund, weil sein verhaßter Gegenspieler Ben Gurion gegen den Boykott arbeitete. Noch bis kurz zuvor waren unzählige revisionistische Artikel erschienen, in denen Hitler und Nazideutschland zum Vorbild erhoben worden waren.) in dem Artikel in CHASIT HA'AM heißt es u.a.: „Zur selben Zeit, da sich das ganze jüdische Volk im Lande und in der Diaspora in einem Verteidigungskampf für seine Ehre und seine Existenz gegen Hitlerdeutschland befindet – Boykott auf deutsche Waren -, kommt der offizielle Vertreter der ‚Jewish Agency' und schlägt nicht nur vor, den Boykott aufzuheben, sondern einen Markt für die deutschen Waren zu sichern, damit nicht etwa, was Gott verhüten möge, die Finanzlage Hitlerdeutschlands erschüttert werde. Dieser Schritt von Seiten des Vertreters der ‚Mapai' (der Arbeiterpartei Ben Gurions) in der ‚Jewish Agency' ist ein Messerstich in den Rücken des Volkes und eine Hilfeleistung für die Hitlerregierung."

Am 15. Juni 1933 erschien im gleichen Blatt ein weiterer, geradezu rabiater Artikel von I. Pogrebinsky mit dem Titel: „Bund Stalin – Ben Gurion – Hitler", in dem es heißt: „Wir lesen in dem Schmutzblatt von Lofban (gemeint ist das Organ der ‚Jüdischen Arbeiter Partei' – ‚Hapoel Hazair') ein Gespräch mit Mister Arlosoroff… in diesem Gespräch sagt dieser rote Jüngling unter anderem Blödsinn, der für ihn typisch ist, daß die Judenfrage in Deutschland nur durch ein Abkommen mit Hitler und seiner Regierung gelöst werden könne… Herr Dr. Arlosoroff hat freiwillig und ohne dazu gezwungen zu sein, angeboten, den Boykott aufzuheben und mit Hitler, nur um Geldgewinnes willen, zu einem Abkommen zu gelangen… Die jüdische Öffentlichkeit im Lande und im Ausland wird dem Dreibund ‚Stalin Ben Gurion – Hitler' mit Verachtung und Abscheu begegnen und denen, die die Ehre des jüdischen Volkes vor den Augen der ganzen Kulturwelt an die besessensten aller Antisemiten um Geldes willen verkauft haben, nicht verzeihen. Das jüdische Volk hat stets Verkäufer der Ehre des jüdischen Volkes und seiner Lehre gebührend einzuschätzen gewußt und wird auch diesmal auf diese Schandtat, die öffentlich und vor den Augen der ganzen Welt geschieht, reagieren!" – 30 Stunden nach dem Erscheinen dieses Artikels wurde Chaim Arlosoroff ermordet. Der Ballistik-Experte F. W. Bird erklärte 40 Jahre später, er habe 1944, nach der Ermordung des Britischen Hochkommissars für den Nahen Osten, Lord Moyne, durch Mitglieder der revisionistischen Stern-Bande deren Mordwaffe untersucht und festgestellt, daß sie in sieben vorangegangenen Attentaten benutzt worden war: in zwei Fällen bei der Ermordung von Arabern, in vier Fällen bei der Ermordung von britischen Polizisten, sowie bei der Ermordung von Chaim Arlosoroff. („Trace 1933 Murder Weapon to Stern Group Death Squad", JEWISH JOURNAL, 10. August 1973).

Die Ermordung Arlosoroffs ist ein Schlüsselereignis in der jahrzehntelangen, haßgeladenen Auseinandersetzung zwischen der zionistischen Linken und der Rechten. Ben Gurion bezeichnete fortan Jabotinsky als „Vladimir Hitler", während die Anhänger Jabotinskys, und später Begins, ihre ohnmächtige Wut nur in versuchten Aufdeckungen politischer Schandtaten des übermächtigen Gegners kühlen konnten. Und so markiert das Ha'avara-Abkommen mit den Nazis nicht nur die Sternstunde des Aufschwungs des Zionismus, ihm entstammt auch, eines damit zusammenhängenden Mordes wegen, der Urkeim des lauernden israelischen Bürgerkrieges.

[35] Ball-Kaduri, op. cit. (Anm. 3), Seite 155.

[36] ebenda.

[37] Winfried Martini, „Hebräisch unter dem Hakenkreuz“ in DIE WELT (Hamburg), 10. Januar 1975.

[38] Immerhin wurde in einer Analyse über den deutschen Export, die Ende Mai 1933 Hitler vorgelegt worden war, festgestellt: „Die Aussichten für den Absatz deutscher Waren im Ausland sind überaus schlecht. Die Lage ist nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich sehr unbefriedigend.“ Zitiert in Kurt Pätzold, „Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung“ (Berlin 1975), Seite 123.

[39] Zitiert nach „Kennzeichen J“ (Herausg. Helmut Eschwege, Berlin 1966), Seite 132.

[40] Nach Angaben in dem bereits zitierten Buch „Kennzeichen J“ betrug die jährliche Auswanderung von Juden aus Deutschland 1934: ca. 23 000; 1935: 20000; 1937: 23 000 und von Januar 1938 bis September 1939:157 000. Trotz der zionistischen Bemühungen ging aber nur ein Teil dieser Auswanderernach Palästina (1934: 37%; 1935:36% und 1937: 10.8%).

Feilchenfeld et al. geben in dem bereits zitierten Buch an, es seien 50.000 jüdische Deutsche durch den Ha’avara-Transfer nach Palästina eingewandert. Eine andere Quelle nennt für den Zeitraum 1933 bis 1940 eine Gesamtzahl von 70.000 deutschen Emigranten nach Palästina (TAGESSPIEGEL, Berlin, 15. Februar 1974). Nach zionistischen Angaben stellten die Einwanderer aus Deutschland in dieser Periode etwa 25% der gesamten jüdischen Einwanderung nach Palästina. Eine Auswirkung des Häavara-Transfers auf die soziale Schichtung der Einwanderung läßt sich aus einer Tabelle ablesen, die die Einwanderer nach ihren Vermögensverhältnissen einordnete. Danach erhöhte sich der Anteil von Einwanderern mit einem Besitz von mehr als 1 .000 Palästinensischen Pfund von 1 0,3% aller Einwanderer im Jahre 1 933 auf 1 8,1 % im Jahre 1 936, wahrend die Zahl der einwandernden jüdischen Arbeiter im gleichen Zeitraum von 35.8% auf 17.2% sank. (Siehe Dr. T. Canaan, „Conflict in the Land of Peace“, Jerusalem 1936, p. 41).

[41] Kurt Pätzold, op. cit. (Anm. 38), Seite 190.

[42] Kurt Pätzold, op. cit. Seite 277.

[43] Siehe Feilchenfeld et al.,op. cit. (Anm. 31). – Etwa 60% des Kapitals, das im Zeitraum vom August 1933 bis September 1939 in Palästina investiert wurde, lief über das Abkommen mit den Nazis. (David Rosenthal, „Chaim Arlosoroff. 40 Years later“, JEWISH FRONTIER, August 1974, p. 23).

[44] Meyer W. Weisgal and Joel Carmichael (Editors), „Chaim Weizmann. A Biography by several Hands“ (New York 1963), p. 232.

[45] Laut Ernst Marcus, „Das deutsche Auswärtige Amt und die Palästinafrage in den Jahren 1933-1939“, YWA 01/1 1 ; zitiert bei Ball-Kaduri, op. cit. (Anm. 3), Seite 174.

[46] Bericht Döhles vom 22.3.1 937 – Der Chef der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt, Häavara, 1938, Serie 72, Judenstaat Palästina (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn); zitiert in Heinz Tillmann, „Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg“ (Berlin 1965), Seite 63.

[47] Heinz Tillmann, op. cit. Seite 63.

[48] Heinz Tillmann, op. cit. Seite 65.

[49] Aufzeichnung aus dem Büro des Chefs der Auslandsorganisation der NSDAP vom 5.6. 1937; zitiert bei Tillmann, op. cit. Seite 67.

[50] „Kennzeichen J“, op. cit. (Anm. 39), Seite 133. 51 „Kennzeichen J“, op. cit. Seite 133.

[51] Jon und David Kimche, „Des Zornes und des Herzens wegen“ (Berlin 1956), Seite 26; (engl.: „The Secret Roads“).

[52] Siehe Tillmann, op. cit. (Anm. 46), Seite 69. 53 Heinz Tillmann, op.cit. Seite 30.

[53] Heinz Tillmann, op. cit; (Anm. 46), Seite 69.

[54] Jon und David Kimche, „Des Zornes und des Herzens wegen“ (Berlin 1956), Seite 26; (engl.: „The Secret Roods“).

[55] Kimche, op. cit. Seite 28.

[56] Winfried Martini, „Hitler und die Juden“ in CHRIST UND WELT (Stuttgart), 16, Juni 1961.

[57] Die Auswanderung von Juden aus Deutschland wurde 1941 durch eine Anweisung des SS-Chefs Himmler untersagt; siehe Leon Poliakov und Joseph Wulff, „Das Dritte Reich und die Juden“ (Berlin 1955), Seite 89.

[58] Ball-Kaduri, op. cit. (Anm. 3), Seite 118.

[59] Kurt Blumenfeld, „Erlebte Judenfrage“ (Stuttgart 1962).

[60] Winfried Martini in CHRIST UND WELT, 1 6. Juni 1961.

[61] Alwin Ramme, „Der Sicherheitsdienst der SS“ (Berlin 1970), Seite 59.

[62] Winfried Martini in CHRIST UND WELT, 16.Juni 1961.

Zusatz des Herausgebers der KLARTEXTE: Kurt Tuchler, ein leitendes Mitglied der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“, hatte dem NSDAP- und SS-Mitglied Baron Leopold Itz Edler von Mildenstein nahegelegt, für eine einflußreiche Nazi-Zeitung etwas Positives über das jüdische Palästina zu schreiben. Von Mildenstein stimmte unter der Bedingung zu, eine längere Palästinareise unternehmen zu können. Im Frühjahr 1933 brachen Mildenstein und Tuchler, zusammen mit ihren Ehefrauen, nach Palästina auf, wo sie über ein halbes Jahr zubrachten. Mildenstein kehrte als glühender Befürworter des Zionismus nach Berlin zurück. Wenn Kurt Tuchler den SS-Zionisten Mildenstein im „Judenreferat“ aufsuchte, wo große Landkarten über das Vordringen des Zionismus im deutschen Judentum aushingen, konnte es passieren, daß ihn jüdische Folkloremusik aus Palästina begrüßte. Von Mildensteins Reisebericht, der einem heute wie ein Urbild allen diesbezüglich klischierten Reisegedankengutes des deutschen Nachkriegsjournalismus, von Heigert bis Springer, vorkommt, erschien als zwölfteilige Serie im Goebbels-Blatt DER ANGRIFF vom 26. September bis 9. Oktober 1934. Zur Erinnerung an die Reise ließ DER ANGRIFF eine Medaille prägen, die auf der einen Seite das Hakenkreuz und auf der anderen Seite den Davidstern trägt… „Eine Kombination von metaphysischer Absurdität“ würde man sagen, hätte man den flachen Journalistenkopf eines Winfried Martini. (Jacob Boas, „A Nazi Travels to Palestine“, HISTORY TODAY, London, January 1980, p. 31.; J. Boas, Ph.D. Thesis, Univ. of California, Riverside 1977, p. 110).

[63] Ungezeichneter Leitartikel „Für Juden ist kein Platz im Heer“ in DAS SCHWARZE KORPS (Berlin), 15. Mai 1935, Seite 1.

[64] Leopold von Mildensteins Buch, erschien 1941.

[65] Prof. Dr. Franz-Alfred Six, geb. 1 2. 8.1 909, war seit 1 930 Mitglied der NSDAP. 1 9% trat er mit dem Rang eines SS-Hauptsturmführers als Leiter der Zentralabteilung Presse und Bibliothek in das SD-Hauptamt ein und übernahm dann die Leitung der Abteilung II (Inland) im SD-Hauptamt. Six wurde im April 1948 von einem amerikanischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, im Januar 1951 wurde die Strafe auf 1 Jahre herabgesetzt, und am 30.9.1 952 wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Israelis, stets auf der Jagd nach Nazi-Kriegsverbrechern, haben sich wohl nicht zufällig nicht für den Fall Six interessiert. Wurde er geschont, weil er zuviel über die Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nazis wußte?

[66] Dieses Dokument befindet sich im Archiv der American Commission for the Study of War Documents in Alexandria/USA. Die dortigen Dokumente wurden als Mikrofilm, auch anderen Archiven zugänglich gemacht (genaue Bezeichnung: Records of the Reich Leader of the SS and Chief of German Police, Washington 1958); die hier und im folgenden zitierten Dokumente befinden sich auf RFSS-Filmrolle 411. Alwin Ramme schreibt in seinem Buch „Der Sicherheitsdienst der SS“ auf Seite 21 dazu: „Die Auswertung dieser Filme wird jedoch infolge ihrer teilweise schlechten Qualität erschwert, wobei vom Hersteller (Nationalarchiv Washington) – wohl nicht zufällig -besonders aussagekräftige Dokumente häufig unleserlich aufgenommen wurden.“

Nach dem Erscheinen des vorliegenden Beitrages im JOURNAL OF PALESTINE STUDIES wurden die betreffenden Aktenbestände der Bundesrepublik übergeben. Sie befinden sich heute im Bundesarchiv in Koblenz.

[67] Nach neueren Informationen lebt Feivel Polkes heute in Haifa. Tuvia Friedmann, Autor des Buches „ich jagte Eichmann“ und Leiter des Instituts für Dokumentation in Haifa, äußerte in einem Brief vom 25. Januar 1970, in Israel kenne man die Dokumente über Polkes ‚Besuch in Berlin bereits seit 1947; er habe mit Polkes über diese Vorgänge gesprochen und Polkes habe erklärt, alles „beruhe auf Mißverständnissen“. Friedmann schrieb weiter, es sei nicht möglich, diesen Komplex weiter zu untersuchen, da als Unterlagen nur Kopien, aber keine Originaldokumente vorlägen.

[68] RFSS-Filmrolle 411.

[69] Zitiert nach Heinz Höhne, „Der Orden unter dem Totenkopf“ (Gütersloh 1 967), Seite 309.

[70] Aufzeichnung Hagens, RFSS-Filmrolle 41 1 , Seite 4.

[71] Heinz Höhne, op. cit. Seite 310

[72] Aufzeichnung Six in RFSS-Filmrolle 411.

[73] Ebenda.

[74] Simon Wiesenthal, „Großmufti -Großagent der Achse“ (Salzburg/Wien 1947), Seite 12.

[75] Leon Poliakov, „Breviaire de la Haine“ (Paris 1951).

[76] Gerald Reitlinger, „The Final Solution“ (London 1953).

[77] Quentin Reynolds, „Minister of Death“ (New York 1960), p. 77-78.

[78] Corner Clarke, „Eichmann. The Man and his Crimes“ (New York 1960), p.35-37.

[79] So legte die Anklagevertretung im Eichmann-Prozeß ein Dokument vor, das angeblich von Hadj Amin al-Husseini verfaßt worden sein sollte, und in dem Eichmann als „ein Juwel für dieAraber“ bezeichnet wurde. Dieses „Beweisstück“ war so primitiv gefälscht, daß selbst die FRANKFURTER ALLGEMEINE am 28. Juni 1961 feststellte: „Der Wert des betreffenden Dokuments ist allerdings fragwürdig.“

Hannah Arendt schreibt in ihrem Buch „Eichmann in Jerusalem“ (München 1961), Ben Gurion habe als eines der Motive für den Prozeß geltend gemacht, daß es auf diese Weise gelingen werde, „andere Nazis aus ihren Verstecken zu holen und z.B. die Beziehung der Nazis zu einigen arabischen Herrschern bloßzustellen“ (Seite 34). Hannah Arendt kommt zu der Schlußfolgerung, der Prozeß habe vielmehr enthüllt, daß alle Gerüchte über Eichmanns Verbindung zu Hadj Amin al-Husseini der Grundlage entbehrten (Seite 37).

[80] NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (Zürich), 12. Juli 1961.

[81] RFSS-Filmrolle 411.

[82] Wie Gerald Reitlinger behauptet (siehe „Die Endlösung“, Berlin 1956,Seite 29).

[83] Eine königliche Kommission unter Lord Peel untersuchte 1937, nach dem Ausbruch des arabischen Aufstandes, die Lage in Palästina und diskutierte einen ersten Plan zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat.

[84] Heinz Höhne, op. cit. (Anm. 69), Seite 319.

[85] Jon und David Kimche, op. cit. (Anm. 54), Seite 13.

[86] Ebenda, Seite 14.

[87] Der israelische Historiker David Yisraeli schreibt: „Mr. P. Ginzburg vom Kibbutz Ramat ha-Kovesh, einstiger Emissär von Histadrut, Hakibbutz Hameuchad und ‚Mossad le-Alijah‘ hat mir gesagt, daß ihm bis 1939 die Gestapo half, die Alijah B (jüdische Einwanderung ohne Zertifikate der Mandatsbehörden) aus Deutschland zu organisieren, (Dies war offiziell als Sonderhachschara oder ‚Spezialtraining‘ bekannt). So sollten am 15. September 1939 drei Schiffe mit 5000 Juden den Hafen Emden mit Hilfe der Gestapo verlassen, aber dies unterblieb wegen des Kriegsausbruchs. Es sollte vermerkt werden, daß die offiziellen zionistischen Institutionen gegenüber der Alijah B eine laue, wenn nicht feindselige Haltung einnahmen. Mr. Ginzburg sagte mir, daß er wahrend seiner Aktivitäten für die Alijah B seitens offizieller zionistischer Vertreter auf eine reservierte Haltung traf. „(David Yisraeli „The Third Reich and Palestine“ in MIDDLE EASTERN STUDIES, Vol. 7, No, 3, Oct. 1971 , p, 341). Letztere Bemerkungen sind sicherlich eine nachträgliche Schönfärbung: „offiziellere“ zionistische Institutionen als diejenigen, die Ginzburg entsandten, gibt es kaum.

[88] Jon und David Kimche, op. cit. (Anm. 54), Seite 16; auch dieses Treffen spielte übrigens beim Eichmann-Prozeß keine Rolle.

[89] Ebenda, Seite 17.

[90] Ebenda, Seite 14.

[91] Hannah Arendt, „Eichmann in Jerusalem – Ein Bericht von der Banalität des Bösen“ (München 1964), Seite 91.

[92] Elis Lubrany, „Hitler in Jerusalem“ in DIE WELTBÜHNE (Berlin), 31 . Mai 1 932, Seite 835 f.

[93] Der italienische Diktator Mussolini hatte die Revisionisten zeitweise unterstützt und ihnen gestattet, in Italien eine Schule zur Ausbildung von Marinesoldaten einzurichten. 1932 hatte Jabotinsky den Vorschlag gemacht, das Mandat über Palästina solle Italien übertragen werden, Mussolini werde eher als Großbritannien bereit sein, einen Judenstaat zu fördern.

[94] Joseph B. Schechtmann, op. cit. (Anm. 23), p. 215. Der Artikel in DAVAR erschien unter dem symbolträchtigen Titel „J’accuse!“

[95] Ebenda, p. 214.

[96] Ebenda, p. 216.

[97] Ebenda, p. 217.

[98] Der vollständige deutsche Originalwortlaut des Dokuments ist abgedruckt in: David Yisraeli, „Das Deutsche ‚Reich' und Eretz Israel. Das Problem von Eretz Israel in der deutschen Politik in den Jahren 1889-1945", Bar Man Universität (Ramat Gan 19Th), Anhang 11 ; vergl. die Reproduktion in diesem Heft auf Seite 54.

In Israel ist die Veröffentlichung dieses Dokuments in der Arbeit von David Yisraeli und im vorliegenden Beitrag im JOURNAL OF PALESTINE STUDIES (1976) zunächst auf Stillschweigen gestoßen. Schließlich kam der Vorsitzende der israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte, Prof. Israel Shahak, in einem Artikel für die Zeitung ZUHADERECH (vom 2. September 1981) darauf zurück und verwies darauf, daß das hier geschilderte Kooperationsangebot auch in hebräischen Massenmedien – allerdings nur kurz – erwähnt worden sei. So war es in DAVAR (vom 22. Juni 1 979) beiläufig angeführt worden. Der verspätete Hinweis auf dieses Dokument in oppositionellen Medien in Israel ergab sich aus der früheren Zugehörigkeit des israelischen Außenministers Jitzhak Schamir zu der zionistischen Organisation LEHI (Lohamei Herut Israel, Kämpfer für die Freiheit Israels). Prof. Shahak wies darauf hin, daß das N.M.O. -Memorandum von der LEHI stammte. LEHI war eine Abspaltung von der nach 1942 von Menachem Begin geleiteten Irgun Zwai Leumi. Unter Führung von

Abraham („Jair", d.h. „Lichtbringer") Stern hatten sich die LEHI-Leute zu Beginn des zweiten Weltkrieges von der Irgun getrennt. LEHI -auch unter dem Namen „Stern-Gang" bekannt – benutzte jedoch auch weiterhin die hebräische Abkürzung der Irgun (IZEL) und entsprechend die übersetzte Abkürzung N.M.O. Prof. Shahak schreibt in seinem Artikel, LEHI sei bei Abwesenheit Sterns (sowie nach dessen Tod) von einem Triumvirat geleitet worden, nämlich von Jitzhak Schamir (als Verantwortlicher für Organisation und terroristische Aktionen), Nathan Yellin-Mor und Dr. Israel Scheib (Eldad).

Angesichts der Verstrickung des gegenwärtigen israelischen Außenministers Schamir in die versuchte Kooperation mit den Nazis, provozierte seine Beschuldigung, drei israelische Persönlichkeiten hatten durch ein Treffen mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat „Landesverrat" begangen, erneut israelische Veröffentlichungen über das hier zitierte Dokument von 1941 . HA'ARETZ veröffentlichte (am 31. Januar 1983) erstmals die wesentlichen Passagen im Wortlaut in Hebräisch, dazu auch den Begleitbrief des damaligen deutschen Botschafters in Ankara, Franz von Papen, an das Reichsaußenministerium in Berlin (datiert vom 21. Januar 1941).

Aus einem weiteren Artikel in HA'ARETZ (vom 3. Februar 1983) geht hervor, daß Stern Ende 1940 einen Vertrauten, Naftali Lubenczik, zu einem Treffen mit dem zeitweiligen Leiter des Referats Pol. VII (Türkei, Nahost, Indien) im NS-Außenministerium, von Hentig, entsandt hatte, der sich auf einer Informationsreise in Beirut aufhielt. HA'ARETZ zitierte aus dem Protokoll der Unterredung einige Stellen, die sich fast wörtlich mit den Formulierungen im Ankara-Dokument decken. HA'ARETZ berichtete sodann, was der LEHI-Emissär Lubenczik später in einem britischen Militärgefängnis seinem Mithäftling Mosche Svorai über die Reaktion von Hentigs in Beirut mitgeteilt hatte: Es sei äußerst zweifelhaft, ob die deutsche Regierung mit einer jüdischen Gruppe zusammenarbeiten würde.

Ungeachtet dieser ablehnenden Haltung sei ein Mitglied des LEHI-Triumvirats, Nathan Yellin-Mor, via Syrien und Türkei zu einer Mission in den von den Deutschen besetzten Balkan entsandt worden. Laut HA'ARETZ sei sein Auftrag die Stimulierung illegaler jüdischer Auswanderung nach Palästina gewesen. Diese hätte laut LEHI-Argumentation auch in deutschem Interesse gelegen, schon deshalb, weil auf diese Weise starke Kräfte der britischen Marine durch die Notwendigkeit der Aufbringung illegaler Flüchtlingsschiffe von einem effektiven Kriegseinsatz abgehalten wurden. Yellin-Mor wurde jedoch unterwegs verhaftet, an die Engländer ausgeliefert und in Palästina ins Gefängnis gesteckt.

Die LEHI-Mitglieder (die übrigens nach der Gründung des Staates Israel den Weg zurück zu der aus der Irgun hervorgegangenen Herut-Partei Menachem Begins fanden, und jetzt – wie Außenminister Schamir – zum Establishment des regierenden Likud-Blocks gehören) rechtfertigen heute die Kontakte zu Nazi-Deutschtand damit, daß das Ausmaß der Judenvernichtung erst Ende 1942 bekanntgeworden sei. Nach diesem Zeitpunkt habe man keine Angebote mehr gemacht. Ausschlaggebend für das Ende der Kontakte durfte jedoch eher sein, daß die Nazis kein Interesse an den LEHI-Offerten zeigten, und daß zum anderen die LEHI-Aktivitäten mit der Erschießung Abraham Sterns durch die britische Polizei (Anfang 1942) vorläufig zum Erliegen kamen, während die Irgun vorübergehend mit den Engländern kooperierte.

[99] David Ben Gurion, „Rebirth and Destiny of Israel" (New York 1954), p.41.

[100] Christopher Sykes, „Crossroads to Israel"(London 1965).

[101] Siehe Kurt Pätzold, op. cit. (Anm. 38), Seite 77.

[102] „Chaluzisch" steht hier für zionistisch-auswanderungswillig.

[103] JÜDISCHE RUNDSCHAU, 30. August 1932.

[104] Ball-Kaduri, op. cit. (Anm. 3), Seite 396.

[105] Zitiert nach „Kennzeichen J", op. cit. (Anm. 39), Seite 105.

[106] Chaim Weizmann, „Reden und Aufsätze“, (Berlin 1937), Seite 259.

Tags: Faschismus, Imperialismus, Zionismus